

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 3 · 44. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 21.3.2013

Ausstrahlung

S. 3

Ein Gebäude wirkt auf seine Umgebung ein. Erst recht, wenn es erstens so groß und zweitens so bedeutend ist wie ein Parlament. Wie hat der Landtagsbau seine Umwelt verändert? Eine Podiumsdiskussion.

Verwendung

S. 4-11

Der Haushalt 2013 ist beschlossen. In zweiter und dritter Lesung berieten die Abgeordneten über rund 60 Milliarden Euro. Hier die Erörterung der Einzelpläne und der Schlagabtausch übers große Ganze.

Auswirkung

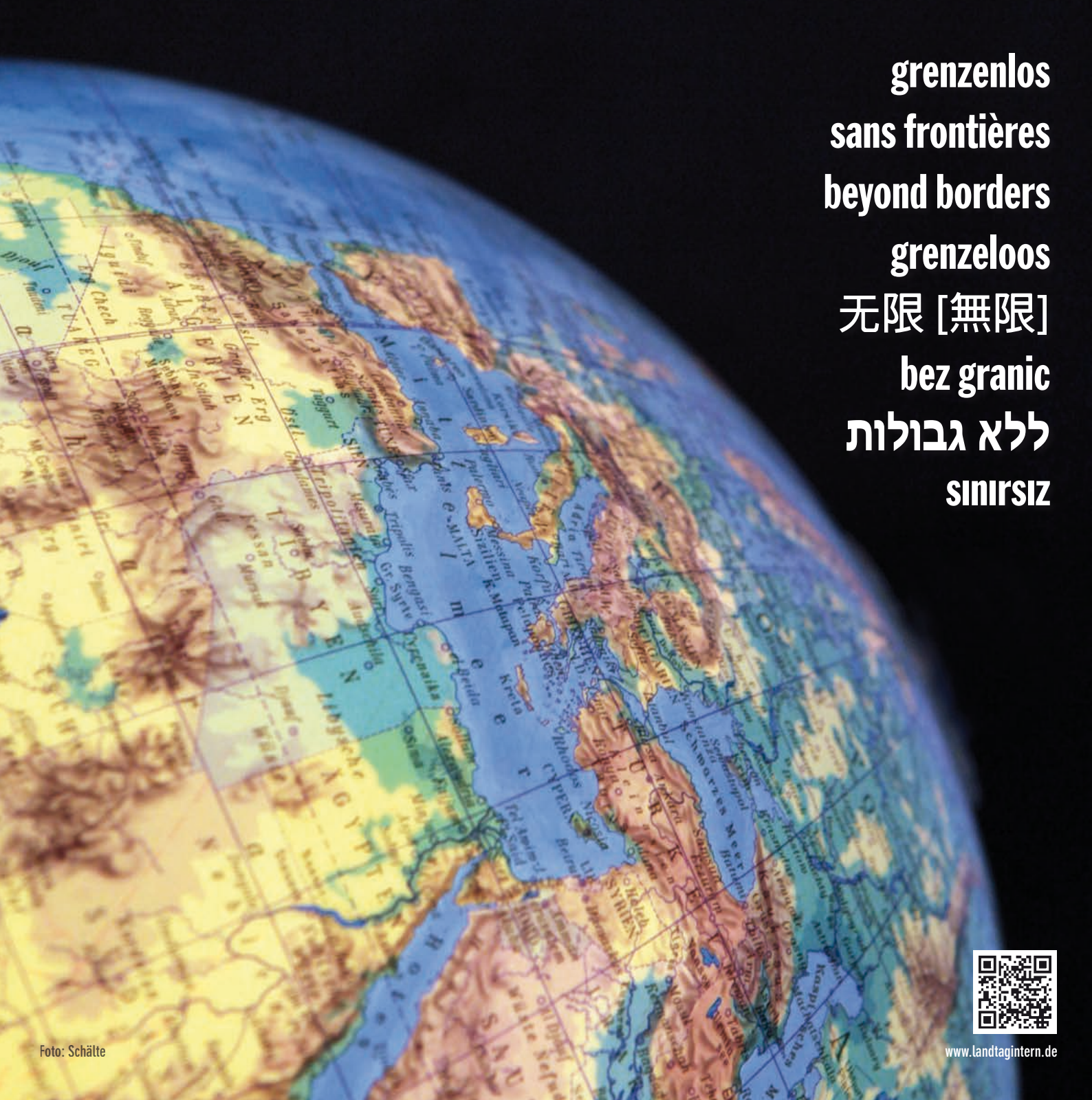
S. 13

Vier Fraktionen stimmen mit Ja, eine mit Enthaltung: Die Bedenken des Landtags gegen europäische Pläne zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung sind groß. Eine Debatte als Signal nach Brüssel.

Vernetzung

S. 20-21

Der Landtag pflegt seine weltweiten Kontakte. Als Aufgabe aller Abgeordneten wird diese Arbeit an Parlamentariergruppen übertragen: eine Übersicht über Themen, Ziele und Akteure in dieser Wahlperiode.



grenzenlos
sans frontières
beyond borders
grenzeloos
无限 [無限]
bez granic
ללא גבולות
SINIRSIZ



Vielfalt fördern

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. Einen Beitrag hierzu leisten die internationalen Freundschaften, die das Zusammenleben der Menschen an Rhein, Ruhr und Lippe persönlich, kulturell und wirtschaftlich seit Jahren und Jahrzehnten bereichern.

Diese Vielfalt zu fördern, ist Aufgabe der Parlamentariergruppen des Landtags Nordrhein-Westfalen. In ihnen engagieren sich Abgeordnete aller fünf Fraktionen, um bestehende, historisch gewachsene Kontakte zu Parlamenten anderer Nationen zu stärken, neue Kontakte zu knüpfen und zugleich den Austausch über das Miteinander der Kulturen aus parlamentarischer Perspektive kontinuierlich zu begleiten.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Insgesamt sieben Parlamentariergruppen hat der Landtag in der laufenden 16. Wahlperiode eingerichtet, um die Kontakte zur Türkei, zu den drei Benelux-Staaten, zu Frankreich, China, den Vereinigten Staaten von Amerika, zu Israel und Polen weiter zu stärken. Diese Gruppen bilden für die Abgeordneten einen Rahmen, um in regelmäßigen Sitzungen und Gesprächen aktuelle Aspekte und Perspektiven der internationalen

Beziehungen zu thematisieren. Welche inhaltlichen Schwerpunkte die Gruppen in ihrer Arbeit setzen und wie die Kontakte im Detail aussehen, berichten die Vorsitzenden auf einer Doppelseite in dieser Ausgabe von Landtag Intern (Seiten 20/21).

Die Arbeit aller Gruppen eint, dass sie nicht von einer parteipolitischen Auseinandersetzung ihrer Mitglieder geprägt sind, sondern von dem gemeinsamen Bestreben aller Abgeordneten, weitere Brücken zu schlagen. Zudem gilt es zu betonen: Über die sieben Parlamentariergruppen hinaus pflegt der Landtag einen intensiven Austausch auch mit Repräsentantinnen und Repräsentanten vieler weiterer Staaten, die für Nordrhein-Westfalen ebenso wichtige und enge Partner sind. Dies zeigen Fachgespräche wie jüngst mit Vertreterinnen und Vertretern der großen japanischen Gemeinde in Nordrhein-Westfalen, und dies verdeutlichen auch die regelmäßigen Begegnungen von Abgeordneten mit hochrangigen Diplomantinnen und Diplomaten im Landtag und im Land.

Symbolisch besonders eindrucksvoll lassen sich die internationalen parlamentarischen Freundschaften mit einem Blick in das Gästebuch des Landtags nachvollziehen. Die Einträge dort stammen von Gästen aus aller Welt. Und sie zeigen: Die weltumspannenden Kontakte des Landtags sind im wahrsten Sinne des Wortes „viel-seitig“.

Sebastian Wuwer



Schwerpunkt:

Die Parlamentariergruppen der 16. Wahlperiode 20-21

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Landtag: „Mit diesem Gebäude kann man Staat machen“	3
Aus dem Plenum:	
Haushalt I: „Vorbeugend“ oder „verplempernd“?	4-5
Haushalt II: Einsparungen, Einnahmen und Effizienzsteigerungen	6-11
Umwelt: Prüfpflicht für Abwasserkanäle	12
Verbraucher: „Wasser muss gut und bezahlbar sein“	13
Inneres: Fußball-Randale: „Ehrlicher Dialog mit Fans“	15
Aus den Ausschüssen:	
Meldungen	16
Gesundheit: Wie viele Betten braucht das Land? ...	17
Schule: „Digitale Medien sind nicht mehr wegzudenken“	22
Gesetzgebung	14
Aus den Fraktionen	18-19
Interview: Karl-Josef Laumann (CDU)	23
Impressum	23
Termine	24

„Mit diesem Gebäude kann man Staat machen“

Zur Konzeption des Landtags und seiner städtebaulichen Einbindung

19. März 2013 – Großes Lob von allen Seiten für das Landtagsgebäude wie auch seine städtebauliche Einbindung: Bei der Podiumsdiskussion „Der neue Landtag als Impuls für die Stadtentwicklung“ fanden alle Teilnehmer anerkennende Worte. Es sei eine Architektur für die Demokratie, eine Ausrichtung hin zu den Bürgerinnen und Bürgern.



So lobte Landtagspräsidentin Carina Gödecke das auch nach 25 Jahren moderne, lichtdurchflutete Gebäude als „schönstes deutsches Parlament“. Neben den prominenten Gästen, allen voran den Architekten und „geistigen Vater“ des Landtagsgebäudes, Prof. Fritz Eller, begrüßte Gödecke auch die Düsseldorfer Heimat- und Bürgervereine. Waren es doch die „Düsseldorfer Jongs“, die mit ihren Aktionen den Neubau des Landtags im alten Hafen mit durchgesetzt hätten.

„Demokratie braucht Sichtbares“, betonte der ehemalige Bauminister Prof. Christoph Zöpel. Er erinnerte an den langen Planungszeitraum von neun Jahren, in denen sich zum Beispiel der Stand von Klima- und Kommunikationstechnik verändert habe. Aber, so sein Fazit, das neue Haus der Volksvertretung sei kosten-, technik- und fortschrittsgerecht sowie auch demokratiegerecht abgeschlossen worden. Durch die spätere Tieferlegung der den Landtag zunächst noch umgebenden Rheinuferstraße, die Schaffung des Bürgerparks und den Ausbau des heutigen Medienhafens sei Düsseldorf wieder mit dem Rhein verbunden worden. Außerdem brauche Demokratie auch öffentlichen Raum.

„Ein Parlament ist mehr als nur ein Versammlungsort“, betonte Architekt Eller. Ein solches Gebäude müsse jede Besucherin und jeden Besucher auffordern, sich mit der geistigen, ästhetischen und technischen Arbeit auseinanderzusetzen, die in ihm stecke. Es sei die „Idealvorstellung“ eines jeden Architekten, ein kreisrundes Gebäude mit einem zentralen kreisrunden Raum gestalten zu dürfen. Wenn aber schon der Plenarsaal rund sei, dann müsse dies auch für die Fraktions- und Ausschusssäle gelten, erläuterte Eller seine Grundüberlegung. Dieses Konzept habe er um eine große Bürgerhalle als neuem Element ergänzt, die sich zu seinem Erstaunen heute zum meistfrequen-

tierten Raum des Landtags entwickelt habe. Die Verwirklichung des Gebäudes sei durch eine äußerst sparsame Kostenvorgabe durchaus nicht einfach gewesen: „Wir wurden scharf geführt, wenn auch in liebevoller Mundart“, erinnerte sich Eller an die damalige Baukommission des Landtags und die verschiedenen Landtagspräsidenten, die während der Bauphase amtierten.

Der Baukommission gehörte damals auch Heinz Hardt an, von 1970 bis 2005 Mitglied des Landtags. Er erläuterte, dass die geschilderten Ziele des Landtagsneubaus sowie der Stadtentwicklung zu Beginn der Überlegungen gar nicht im Fokus der Abgeordneten gestanden hätten. „Wir wollten einfach nur bessere Arbeitsbedingungen“, so Hardt. Daher habe zunächst die

Für einen Architekten gebe es keine schönere Bestätigung, als dass sein Konzept gebaut und mit Leben erfüllt werde, hob der Präsident der Architektenkammer NRW, Hartmut Miksch, hervor. Das Landtagsgebäude präsentierte sich als „transparenter Raum für transparente Demokratie“, lobte er Ellers „genialen“ Entwurf. Der Plenarsaal sei ein Raum, der stolz mache, und die Hauptseite öffne sich hin zur Stadt, zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Stadt habe die Chance verstanden, die dieses Bauwerk ihr geboten habe, fügte Dr. Gregor Bonin, Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf hinzu. Und dann mit der Tieferle-



Erweiterung des vom Landtag genutzten Ständehauses im Mittelpunkt der Überlegungen gestanden. Nachdem ein solcher Umbau auch am Widerstand der Bevölkerung gescheitert sei, habe der Landtag erst andere Standorte in Erwägung gezogen. Nach „dornigen und kontroversen“ Diskussionen habe man sich im März 1980 dann auf den nicht mehr genutzten alten Hafen als Standort des neuen Landtags geeinigt. Die 400 Mark pro Quadratmeter für das „Drecksloch Petroleumhafen“ habe zwar viele Abgeordnete geärgert, aber es sei die richtige Entscheidung gewesen: „Mit diesem Gebäude kann man Staat machen“, so Hardt.

gung der Rheinuferstraße und dem der Anlage des Bürgerparks entsprechend städteplanerisch reagiert. Was jetzt noch fehle, sei die Verlegung des Parkhauses direkt vor dem Landtag, das einem völlig offenen Zugang zum angrenzenden Stadtviertel noch im Wege stehe. Aber das könne ja immer noch kommen, so Bonin nicht ohne einen Blick auf ein mögliches „Regierungsviertel“.

„Wir wollten eine Architektur, die Menschen zusammenbringt“, brachte Erasmus Eller, wie sein Vater Architekt und mit dem Landtagsgebäude verbunden, das Konzept „Landtag NRW“ auf den Punkt. Dieses ist, so die Beteiligten der Podiumsdiskussion, gelungen. *cw*

Fotos: Schälte





„Vorbeugend“ oder „verplempernd“?

Haushalt verabschiedet – Generaldebatte zeigt Gegensätze auf

20. März 2013 – In dritter Lesung hat der Landtag den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das laufende Jahr verabschiedet. Während die rot-grünen Regierungsfractionen mit „Ja“ stimmten, sprachen sich die Oppositionsfractionen von CDU, FDP und PIRATEN geschlossen gegen den vom Finanzministerium vorgelegten Gesetzentwurf aus. Hauptstreitpunkt: die Einhaltung der ab dem Jahr 2020 geltende Schuldenbremse. Während SPD und GRÜNE „vorbeugende Investitionen“ verteidigten, hielten CDU und FDP genau dies für eine Politik auf Kosten der Kinder. Die PIRATEN forderten mehr Politik gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.



die politisch auf Kosten „ihrer Kinder“ gestalte. 3,4 Milliarden Euro neue Schulden trotz deutlich höherer Steuereinnahmen: „Das ist die alte Verschuldungspolitik, die unser Land an die Grenzen der Handlungsfähigkeit gebracht hat“, warf Laumann der Regierung vor. Rot-Grün habe über eine Milliarde Euro für Wahlgeschenke „verplempernt“. Nun tue Kraft so, als sei die Bereitschaft zum Schuldenmachen Kennzeichen einer sozialen Politik, kritisierte Laumann. Sie spiele Haushaltskonsolidierung gegen die Politik für Kinder und sozial Schwache aus. Das sei „zutiefst ungerecht“. Auch der Ruf nach Berlin funktioniere nicht: „Ihr Elend haben Sie selber durch die Finanzierung Ihrer Wahlgeschenke angerichtet.“ Laumann forderte die Landesregierung zu unabdingbaren Strukturveränderungen auf. Sie müsse Lehren aus ihrem „finanzpolitischen Desaster“ hin zu einer verändernden Politik ziehen.

Das sei die Rede eines Vorsitzenden gewesen, der es sich in der Oppositionsrolle bequem gemacht habe, fand SPD-Fraktionschef Norbert Römer. Die Kennzahlen des rot-grünen Haushaltsentwurfs zeigten, dass sich die Koalition den Herausforderungen stelle: Es gebe Einsparungen mit Augenmaß und zugleich würden wichtige, zielgerichtete Zukunftsinvestitionen vorgenommen. „Der Etat kann sich sehen lassen“, so Römer. Er sei solide und ein Haushalt des Maßes und der Mitte. Für Rot-Grün gebe es bei den großen Kostenblöcken keine Tabus, betonte Römer und nannte die Personalausgaben, die rund 40 Prozent des Landeshaushalts ausmachten. Aber im Unterschied zur CDU gehe man nicht mit dem Rasenmäher vor, sondern übertrage sozial gestaffelt das Ergebnis der Tarifverhandlungen auf die Beamtinnen und Beamten des Landes. Das sei sozial ausgewogen und er, Römer, habe kein Problem damit, diese Lösung zu verantworten. Auf

Die rot-grüne „Schuldenpolitik“ lasse sich nicht mit Recht und Gesetz übereinbringen, konstatierte Karl-Josef Laumann (CDU) und verwies auf das jüngste Urteil zum Haushalt 2011:

„Zum dritten Mal hat unser Verfassungsgericht Ihre Haushaltspolitik für verfassungswidrig erklärt.“ Der Fraktionsvorsitzende bezeichnete Ministerpräsidentin Kraft als „Rabenmutter“,



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)



dem Weg zur Schuldenbremse werde man in dieser Wahlperiode eine Milliarde Euro einsparen, erklärte der Abgeordnete und griff die Opposition mit den Worten an, Einsparungen werde man nicht durch die Verschiebung von Lasten auf andere erreichen, wie dies Schwarz-Gelb seinerzeit bei einem „Raubzug“ durch die kommunalen Kassen getan habe.

Die Regierung verschiebe alle Lasten auf zukünftige Generationen, kritisierte **Christian Lindner** (FDP): „Das sind auch Menschen, die auch ein Recht auf einen handlungsfähigen Staat haben.“ Er vermisse bei Rot-Grün jegliches Signal in Richtung Schuldenbremse. Damit habe sich Kraft zur „finanzpolitischen Geisterfahrerin der Republik“ gemacht, so der FDP-Fraktionsvorsitzende. Trotz eines „historisch beispiellos“ niedrigen Zinsniveaus, hoher Steuereinnahmen und eines stabilen Arbeitsmarktes verteile die Regierung „planlos“ Geld und verspiele damit die Chance auf Konsolidierung. „Wann, wenn nicht jetzt, soll der Staat denn mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auskommen?“, urteilte Lindner. Anstatt in „Köpfe, Kinder und Kultur“ zu investieren, investiere Rot-Grün in Apparate: „Vom Personalabbau kann bei Ihnen keine Rede sein“, bemängelte der FDP-Politiker. Bei der Suche nach mehr Einnahmen setze das Kabinett Kraft auf Steuer-CDs und niedrige Zinsen – das sei keine Finanzpolitik, sondern Glücksspiel. Viel sinnvoller sei es, Handel, Handwerk und Mittelstand von Bürokratie zu „entfesseln“. Darüber hinaus warf auch Lindner der Regierung vor: „Sie brechen nicht nur Wort, sondern notorisch auch die Verfassung.“

„Wir machen sie, während andere sich davor drücken“, so **Reiner Priggen** (GRÜNE) über die Finanzpolitik des Landes. Die Einsparvorschläge von CDU und FDP wertete er zum

großen Teil als „unseriös“: Diese forderten eine Wiedereinführung der Studiengebühren, ohne das hierfür notwendige Gesetz einzubringen, oder erwarteten Einnahmen aus einem Steuerabkommen mit der Schweiz, das es so nicht geben werde. Die CDU poche auf eine uneingeschränkte Übernahme des Tarifvertrags im öffentlichen Dienst für die Beamtinnen und Beamten und wolle gleichzeitig Einsparungen im Personalbereich erzielen. Aber bei Schulen, Polizei, Justiz und Finanzen wollen sie nicht kürzen. „Voodoo ist seriöser als dieser Antrag“ meinte Priggen über den von der FDP vorgeschlagenen „Entfesselungsimpuls“ und kritisierte gleichzeitig: Mit ihren Überlegungen zur Energiewende, insbesondere zu den Einspeisevergütungen, mache Schwarz-Gelb im Bund wichtige Bereiche erneuerbarer Energien kaputt. Die Landesregierung dagegen setze ihre verlässliche Politik zur Senkung der Neuverschuldung und Stärkung der Kommunen fort. Insbesondere lobte Priggen, dass durch große Anstrengungen seit dem Jahr 2010 mittlerweile 144.883 Plätze zur U3-Betreuung geschaffen worden seien.

Die Regierungskoalition solle den Anträgen der PIRATEN zustimmen: Dafür warb der Vorsitzende der PIRATEN-Fraktion, **Dr. Joachim Paul**. Drei Bereiche stellte er in den Mittelpunkt, um die Weichen zu stellen für Erneuerung und Weiterentwicklung von Demokratie, Infrastruktur und kostenfreiem Zugang zu Wissen. Bei den Kommunen solle Open Government ansetzen, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Demokratie zu erneuern und die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zu stärken. Seine Fraktion betrachte Mobilität als Grundrecht. Darum müsse es einen zwar nicht kosten-, aber fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr geben. Weil digitale Medien und Lernmaterialien aus

der Bildung nicht mehr wegzudenken seien, sollten die Mittel für die Bildungssuchmaschine des Landes aufgestockt werden. Bei den beiden anderen Vorhaben sollten Ideenwettbewerbe ausgelobt werden. Paul unterstrich, dass nur in einer stärkeren Verbindung zwischen technischen mit sozialen Innovationen, zwischen Technik und Kultur, ein solidarisches Gemeinwesen mit innerem Zusammenhalt zu schaffen sei. Mit Vermögensteuer, höherer Erbschaftsteuer und echter Transaktionssteuer sollten die staatlichen Einnahmen erhöht werden.

„Wir stehen zu dem, was wir tun müssen, um eine verfassungskonforme Einhaltung der Schuldenbremse zu erzielen“, erklärte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). Gleichzeitig werde ihre Regierung nicht auf Investitionen in Bildung, Kultur, Vorbeugung und Kommunen verzichten. Dies werde ergänzt durch Einnahmeverbesserungen: über die Grunderwerbssteuer, aber auch die angestrebte Erhöhung von Vermögensteuer und Spitzensteuersatz. Ebenso werde man auch nicht darauf verzichten, Schwarzgelder aufzudecken. Hier gehe es auch um Gerechtigkeit. Kraft zeigte sich zuversichtlich, die fallende Linie der Neuverschuldung auch in den kommenden Jahren fortsetzen zu können. Dazu gehöre, dass man bis zum Jahre 2017 eine Milliarde Euro an strukturellen, dauerhaften Ausgaben einsparen werde. Die aktuellen Streichvorschläge von CDU und FDP, die sich zwischen 560 und 900 Millionen Euro bewegten, bewertete die Regierungschefin in diesem Zusammenhang als „unsozial, unklar und unrealistisch“. Die Landesregierung halte es zum Beispiel für vertretbar, dass Apotheken für die PTA-Ausbildung jährlich jeweils 290 Euro aufbrächten – und dass man den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst so auf die Beamtinnen und Beamten übertrage, dass dies auch finanzierbar sei. *bra, cw, Jürgen Knepper*



Fotos: Schälte

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)



Haushaltsplan 2013

Foto: Schälte

Einsparungen, Einnahmen und Effizienzsteigerungen

Zweite Lesung Haushalt 2013: Ein Dreiklang sorgt für Misstöne

27./28. Februar 2013 – Noch sieben Jahre bis zur Schuldenbremse: Das Jahr 2020 hat bei den diesjährigen Haushaltsberatungen bereits seine Schatten vorausgeworfen. 60 Milliarden Euro umfasst der Landesetat für das laufende Jahr. Zu viel, kritisieren CDU sowie FDP und verlangen Kürzungen bei diversen Einzeletats. SPD und GRÜNE betonen hingegen, Konsolidierung bedeute nicht nur zu sparen, sondern auch mehr einzunehmen und die Effizienz zu steigern. Den PIRATEN fehlen Impulse zur zeitgemäßen Gestaltung des Zusammenlebens in der Informationsgesellschaft.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Sie habe die Realität in den Kommunen noch nicht erkannt, warf **André Kuper** (CDU) der Landesregierung vor. Mit ihrem Umverteilungsstrudel ziehe sie jetzt auch die kreisangehörigen kleinen und mittleren Kommunen unter Wasser. Rot-Grün müsse die im GFG enthaltene Spaltung der kommunalen Familie stoppen und bei der schulischen Inklusion Ausgleichszahlungen für diese sichern.

Die Kommunen seien unverschuldet in finanzielle Probleme geraten, verwies **Hans-Willi Körfges** (SPD) auf die zu tragenden Soziallasten. Er vermisse hier die Reaktion der schwarz-gelben Bundesregierung. Die heutige NRW-Landesregierung habe über Grunddaten Anpassung und Flächenansatz mehr getan als notwendig und so auch auf Bundesebene für eine Milliardenentlastung gesorgt.

Sie habe den Soziallastenansatz überdreht und faktisch zu einem zweiten Hauptansatz gemacht, warf **Kai Abrusztat** (FDP) der Landesregierung vor. Der Flächenansatz werde falsch berechnet und der Hauptansatz verfolge ein System der Einwohnerveredelung zulasten der ländlich strukturierten Regionen. Notwendig sei eine rasche Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs.

Gezielt schürten sie Unfrieden, entgegnete **Mario Krüger** (GRÜNE) den Sprechern von CDU und FDP. Zur Verbesserung der Haushaltssituation der Kommunen müssten diese erstens sparen, zweitens müsse das Land helfen und drittens der Bund seiner Verantwortung gerecht werden. Genau hier gebe es Handlungsbedarf im Bereich Sozialer Lasten wie der Eingliederungshilfe oder den Kosten für Unterkünfte.

„Landet eigentlich alles, was mit Finanzen von Rot-Grün zu tun hat, in Münster vor dem Landesverfassungsgericht?“, fragte **Robert Stein** (PIRATEN). Während es an Mitteln für die Kommunen fehle, würden Milliardenbeträge für die WestLB fällig. Immerhin habe diese Bank „verantwortungslos unfassbare Derivatgeschäfte“ mit den Kommunen abgeschlossen, denen dieses Geld heute fehle.

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen gebe die Landesregierung den Kommunen eine nachhaltige Hilfe, um sich langfristig aus der Schuldenfalle zu befreien, erläuterte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Mit dem GFG 2013 stelle sie die historisch höchste Finanzausgleichsmasse zur Verfügung. Zudem habe sie ein Gutachten zur Weiterentwicklung des GFG-Systems in Auftrag gegeben.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

„Gute Politik kommt mit dem vorhandenen Geld aus“, kritisierte **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) die Landesregierung. In NRW sei genau das nicht der Fall. Nach den Vorstellungen von Rot-Grün ließe sich ohne frisches Geld keine Politik machen, das Gegenteil sei aber richtig.

Stefan Zimkeit (SPD) verteidigte eine Politik, die auch auf Einnahmeerhöhungen setze. Die Finanzierung des Haushalts müsse von Bürgerinnen und Bürgern mit großen Vermögen stärker getragen werden. Die Einsparvorschläge der CDU seien äußerst unsozial und unglaubwürdig.

„Ihr bundesweiter Sonderweg in der Haushaltspolitik ist ein Fall für den Landesrechnungshof“, griff **Ralf Witzel** (FDP) den Finanzminister direkt an. Diese „Politik der vermeintlich guten Schulden“ müsse auf Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden, das habe sie „bitter nötig“.

Die CDU-Anträge zum Haushalt seien in der Mehrzahl substanzlos gewesen und hätten die Beratungen nicht vorangebracht, sagte **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE). Wenn die CDU ihre Sparvorschläge, gerade im Schulbereich, ernst meine, dann solle sie entsprechende Gesetzentwürfe vorlegen.

„Neue Schulden, noch und nöcher, unser Haushalt hat nur Löcher“, kritisierte **Robert Stein** (PIRATEN) Rot-Grün für die aus seiner Sicht unsolide Haushaltspolitik. Bürgerbeteiligung in Kommunen müsse gestärkt werden. Auf diesem Weg gäbe es Einsparpotenziale in Millionenhöhe.

Rot-Grün habe einen „Haushaltsplan vorgelegt, der ein Baustein ist in einer Konsolidierung, die von Nachhaltigkeit geprägt ist“, so

Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Die kommende Schuldenbremse verbiete nicht, in gute Straßen und gute Bildung zu investieren.

INNERES UND KOMMUNALES

Die Kriminalitätslage in NRW habe sich im Ländervergleich drastisch verschlechtert, meinte **Daniel Sieveke** (CDU). Die Vorschläge seiner Fraktion, um den Polizeivollzugsdienst spürbar zu entlasten, seien abgelehnt worden.

Die Personalausgaben würden um 48 Millionen Euro steigen, erwiderte **Thomas Stotko** (SPD). Auch halte man an der Einstellung von 1.400 Polizeianwärterinnen und -anwärtern fest und verfolge eine Strategie der Vorbeugung.

Rot-Grün läute den Abbau von 2.000 Stellen bei der schon unterbesetzten Polizei ein, hielt **Marc Lübke** (FDP) dem entgegen. Gleichzeitig habe der Landesrechnungshof etwa beim Fuhrpark Unwirtschaftlichkeit festgestellt.

Aufgrund des steigenden Spardrucks in allen Einzelplänen werde auch in diesem Einzelplan die globale Minderausgabe verdoppelt, so **Verena Schäffer** (GRÜNE). Bei der Polizei erfolgten aber mehr Einstellungen als Abgänge.

Man müsse dringend mehr für die Polizei tun, forderte **Frank Herrmann** (PIRATEN) und verwies auf einen hohen Krankenstand. Notwendig seien auch mehr Investitionen in Fanprojekte, um den Polizeieinsatz im Fußball zu senken.

CDU und FDP stellten sich in Sonntagsreden hinter die Polizei, fielen ihr aber bei Haushaltsberatungen in den Rücken, so **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Rot-Grün schließe bei Ausbildung und Einstellung die schwarz-gelbe Lücke.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Die Landesregierung müsse sparen und trotzdem bildungspolitische Akzente setzen, forderte **Petra Vogt** (CDU). Fehlende Konzepte zeigten sich angesichts des durch sinkende Schülerzahlen hohen Lehrerstandes sowie bei der Inklusion.

Aufgrund der Veränderungen im Schulsystem und der Inklusion sei es notwendig, die



Lehrkräfte im System zu belassen, betonte **Renate Hendricks** (SPD). Eigentlich müsse NRW zehn Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgeben.

Die Ausstattung für die sonderpädagogische Förderung halte bei diesem Tempo nicht mit, beklagte **Yvonne Gebauer** (FDP). Anscheinend wolle Rot-Grün die Finanzierung der Inklusion durch eine Schließungswelle von Förderschulen erreichen.

Die CDU wolle im Schulhaushalt 300 Millionen Euro, also rund 6.000 Lehrerstellen streichen, warf **Sigrid Beer** (GRÜNE) der Fraktion vor. Rot-Grün habe seit 2010 bestehende Lücken repariert und bereits 1.148 Stellen für die Inklusion geschaffen.

Jeder Euro für Bildung spare andere „Reparaturkosten“, betonte **Monika Pieper** (PIRATEN). Leider steige der Haushaltsentwurf lediglich um weniger als die Inflationsrate. Notwendig sei vor allem eine solide Finanzierung der Inklusion.

Die CDU habe den Schuletat als Steinbruch für Einsparungen entdeckt und sich im Grunde vom Schulkonsens verabschiedet, so Bildungsministerin **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE). Aber auch die Landesregierung habe in Einzelbereichen gespart.

NRW habe ein Viertel aller Studierenden in ganz Deutschland, betonte **Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE). Die von der CDU vorgeschlagene Streichung von 250 Millionen Euro sei nicht ernst zu nehmen genauso wie die von ihr beantragte Streichung der Mittel für die Gleichberechtigung.

Als intransparent kritisierte **Dr. Joachim Paul** (PIRATEN) den vorliegenden Einzelplan. Die Hochschulfinanzierung sei unzureichend und ineffizient. Mit Blick auf die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten verwies Paul auf das zeit- und ortsunabhängige Internet.

Für die Ausweitung des Studienangebots stünden über eine Milliarde Euro zur Verfügung, so **Wissenschaftsministerin Svenja Schulze** (SPD). Außerdem habe die rot-grüne Landesregierung durch Anhebung des Haushaltsansatzes den Studentenwerken ein großes Bauprogramm ermöglicht.

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

„Wir haben 84 konkrete Änderungsvorschläge zum Haushalt gemacht“, resümierte **Matthias Kerkhoff** (CDU). Rot-Grün habe alle Vorschläge, die rund eine Milliarde Euro Einsparpotenzial beinhalteten, abgelehnt.

Rot-Grün wolle den Arbeitsmarkt aktiv gestalten, sagte **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD). Mit der Aktion „Faire Arbeit – fairer Wettbewerb“ sollten prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden.

INTEGRATION

Serap Güler (CDU) kritisierte die Schwerpunktsetzung in der Integrationspolitik der Landesregierung und forderte die Streichung des Amtes der Integrationsstaatssekretärin.

Rot-Grün leiste eine vernünftige Integrationspolitik, erklärte **Bernhard von Grünberg** (SPD). Sie werde sich auch verstärkt mit der europäischen Einwanderung beschäftigen.

Dr. Joachim Stamp (FDP) erwartete mehr Impulse für die Integrationsarbeit und bemängelte fehlendes Monitoring bei der Umsetzung der Integrationskonzepte in den Kommunen.

Endlich würden die schwächeren Kommunen wieder mehr Geld erhalten und könnten ihre Integrationsbemühungen für Zuwandernde weiterentwickeln, lobte **Jutta Vette** (GRÜNE).

Simone Brand (PIRATEN) forderte, Integrationsmaßnahmen zu bündeln, um deren Wirk-



Fotos:
Knipschild/
Eckrich

INNOVATION, WISSENSCHAFT
UND FORSCHUNG

Der Einzelplan Wissenschaft und Forschung weise mit 7,4 Milliarden Euro einen historischen Höchststand auf, lobte **Dr. Stefan Berger** (CDU). Allerdings würden die gestrichenen Studiengebühren nicht vollständig ersetzt und der doppelte Abiturjahrgang sei nicht vorbereitet.

Einerseits beantrage die CDU, die 249 Millionen Euro für die Hochschulqualität sowie 10 Millionen Euro Forschungsmittel zu streichen, andererseits beklage sie, die Hochschulen hätten zu wenig Geld, bemerkte **Karl Schultheis** (SPD). Nur die CDU sei noch für Studiengebühren.

Bereinigt um den unzureichenden Ersatz für die Studienbeiträge sowie um erhöhte Bundeszuweisungen gebe es kaum Haushaltssteigerungen, meinte **Angela Freimuth** (FDP). Die Hochschulen rechneten daher bei Rekordstudienzahlen mit einer Finanzierungslücke von 50 Millionen Euro.

Rainer Bischoff (SPD) unterstellte seinem Vorredner, mit seinen Sparmaßnahmen eine „Kahlschlagpolitik“ einleiten zu wollen. Die CDU habe kürzen wollen, ohne abzuwägen, welche Maßnahmen notwendig seien.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt gebe Anlass zu vorsichtigem Optimismus, meinte **Ulrich Alda** (FDP). Allerdings müssten die Rahmenbedingungen stimmen, damit die Wirtschaft nicht ausgebremst werde.

„Wir GRÜNEN stehen zu unserer landespolitischen Verantwortung für erwerbslose Menschen“, unterstrich **Martina Maaßen** (GRÜNE). Statt Kürzungen werde eine kontinuierliche, verlässliche Förderung angestrebt.

Rund 72 Millionen Euro des Landes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen seien für ein Land von der Größe Nordrhein-Westfalens viel zu wenig, kritisierte **Torsten Sommer** (PIRATEN). Zudem fehlten Zukunftslösungen.

samkeit zu erhöhen. Die zukünftigen Flüchtlingsströme stellten eine große Herausforderung dar.

Bis Ende 2012 habe NRW 16 kommunale Integrationszentren eingerichtet, so **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD). Bis Ende 2013 solle es solche Zentren landesweit geben.

SOZIALES

Rot-Grün fehlten bei der Bekämpfung der Armut Ideen und Konzepte, kritisierte **Claudia Middendorf** (CDU). Für Gebärdendolmetscher solle ein Sonderfonds eingerichtet werden.

„Eine sichere und auskömmliche Bezahlung sei das beste Mittel gegen Armut“, so **Michael Scheffler** (SPD). Daher warb er um Unterstützung für einen gesetzlichen Mindestlohn.

Bildung spiele in der Sozialpolitik eine Hauptrolle, so **Ulrich Alda** (FDP). Gezielte Förderung sei die beste Grundlage, um später nicht auf Transferleistungen angewiesen zu sein.



HAUSHALT



Oskar Burkert (CDU)

Angela Lück (SPD)

Susanne Schneider (FDP)

Arif Ünal (GRÜNE)

Lukas Lamla (PIRATEN)

Gesundheitsministerin
Barbara Steffens (GRÜNE)

Alle Menschen bräuchten „eine Perspektive für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben in der Mitte unserer Gesellschaft“. Dies forderte **Manuela Grochowiak-Schmieding** (GRÜNE).

Die Zielsetzung im Einzelplan 11 sei falsch, meinte **Olaf Wegner** (PIRATEN). Allen Menschen, auch den Erwerbslosen, müsse eine Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht werden.

Mit Blick auf die Teilhabe aller Menschen bekräftigte **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD): Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft stehe im Fokus der kommenden Jahre.

JUSTIZMINISTERIUM

Die Landesregierung wolle nicht sparen, so **Jens Kamieth** (CDU). Da für Therapiearbeiten freier Träger keine Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalysen vorlägen, könne man hier rund zwei Millionen Euro streichen.

Gerade bei Sexualstraftätern sei die Rückfallquote besonders hoch. Daher sei die Therapiearbeit freier Träger hier besonders wichtig, lehnte **Sven Wolf** (SPD) die Streichvorschläge seines Vorredners ab.

Die Gelder aus dem Justizhaushalt würden zum Teil nicht abgerufen und stattdessen für andere Projekte verwandt, meinte **Dirk Wedel** (FDP). Ebenso kritisierte er Gesetzeslücken und Personalmängel an Gerichten.

„Machen Sie sich gerade zum Anwalt der Wirtschaftskriminellen?“, wollte **Dagmar Hanses** (GRÜNE) von ihrem Vorredner wissen. Außerdem verteidigte sie eine qualifizierte Täterarbeit als besten Opferschutz.

Bei Jugendarrestvollzug, Vormundschaft und Betreuung sah **Dietmar Schulz** (PIRATEN) erhöhten finanziellen Bedarf. Das Land müsse etwas auf der Einnahmeseite tun, zum Beispiel über den Ankauf von Steuer-CDs.

Rot-Grün habe seit 2010 im Vollzug 288 Stellen geschaffen, jetzt kämen noch mal 39 hinzu, erklärt **Justizminister Thomas Kutschaty** (SPD). Die Streichvorschläge der CDU würden aber am Ende mehr Geld kosten.

GESUNDHEIT, PFLEGE
UND ALTER

Dem Apotheker werde sein Studium vom Staat finanziert, der pharmazeutisch-technischen As-

sistentin nicht, kritisierte **Oskar Burkert** (CDU). Außerdem wachse die Versorgungslücke in der ärztlichen Versorgung.

Nordrhein-Westfalen stehe bei der Ausbildung nichtärztlicher Heilberufe bundesweit an führender Position, erwiderte **Angela Lück** (SPD). Hier müsse man aber entweder alle oder keinen finanzieren.

Zur Beratung gebe es in NRW genügend Stellen der Ärzte, Krankenkassen, Verbraucherberatung und Ähnlichem. Eine zusätzliche Patientenbeauftragte sei daher kostspielige Symbolpolitik, so **Susanne Schneider** (FDP).

Von einem Paradigmenwechsel sprach **Arif Ünal** (GRÜNE): Der Haushalt wolle die Gesundheitsvorbeugung sowie die Aids- und Drogenhilfe stärken. Auch gehe es um neue Wohn- und Pflegeformen in der Altenbetreuung.

Im Pflegebereich komme von der Landesregierung nur Ratlosigkeit, so **Lukas Lamla** (PIRATEN). Falsch sei es auch, die Ausbildungsförderung der pharmazeutisch-technischen Assistenzen streichen zu wollen.

Die Apotheken sollten für diese Aufgabe zukünftig 24 Euro im Monat übernehmen, schlug **Gesundheitsministerin Barbara Steffens** (GRÜNE) vor. Und bei der Pflege gebe es Vieles, für das der Bund zuständig sei.

EMANZIPATION

Auch bei der Emanzipation dürfe NRW nur tun, was es auch bezahlen könne, betonte **Regina van Dinther** (CDU). So sei die Neukonzipierung der Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ verzichtbar.

Dies würde die Zentren allerdings wieder komplett infrage stellen, kritisierte **Gerda Kieninger** (SPD). Insgesamt sei Gleichstellungspolitik für die CDU offenbar kein wirkliches Thema.

„Effektives Sparen sieht anders aus“, beklagte **Susanne Schneider** (FDP). Rot-Grün setze konzeptlos falsche Prioritäten und produziere eine geschlechterungerechte Zwei-Klassen-Medizin.

Der Emanzipationshaushalt sei kein Sparschwein, so **Josefine Paul** (GRÜNE). Augenmaß und Verantwortung seien gefragt. Soziale Gerechtigkeit gehe für Rot-Grün vor „neoliberaler Effizienz“.

15,6 Millionen Euro sehe der Haushalt für Schutz und Hilfe weiblicher Gewaltopfer vor, konstatierte **Marc Olejak** (PIRATEN): „Dieses Geld ist nötig, aber ich finde es sehr erschreckend.“

NRW könne sich die Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit von Frauen nicht leisten, betonte **Emanzipationsministerin Barbara Steffens** (GRÜNE). Deswegen seien die Kompetenzzentren so wichtig.

MINISTERPRÄSIDENTIN UND STAATSKANZLEI

Gregor Golland (CDU) kritisierte die Streichung der Mittel für Mehrlingsgeburten als unsozial und fragte die Ministerpräsidentin, ob sie diese Sparmaßnahme wirklich für gut und gerecht halte. Statt Anerkennung sende Rot-Grün ein Signal der sozialen Kälte.

Dieser Etat sei „ein Beispiel solider Haushaltspolitik“, so **Elisabeth Müller-Witt** (SPD). Die nun gestrichenen Gelder für Mehrlingsgeburten hätten einkommensschwache Familien gar nicht entlastet, da sie auf die Transfereinkommen angerechnet worden seien.

Die Konzeption der Tatkraft-Tour hätte überarbeitet werden müssen, forderte **Angela Freimuth** (FDP). Eine solche parteipolitische Konzeptionsreihe dürfe nicht einfach unter gleichem Titel als Öffentlichkeitsmaßnahme der Regierung fortgesetzt werden.

Die Kosten rund um die als solche kostenlose Tatkraft-Tour der Ministerpräsidentin seien deutlich niedriger als ähnliche Aufwendungen der Vorgängerregierung, meinte **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE) und lobte ausdrücklich die Einsparbemühungen im Einzelplan.

Michele Marsching (PIRATEN) bezeichnete das bislang bei Mehrlingsgeburten ausgezahlte Geld als „unsozial“. Betroffen seien am häufigsten Eltern nach einer künstlichen Befruchtung. Solche Menschen hätten genug Geld und bräuchten keine Zusatzhilfe.

Der Etat der Ministerpräsidentin leiste den geforderten anteiligen Sparbetrag, unterstrich **Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien** (SPD). Sie verteidigte die Tatkraft-Tage als „Praxistest“ für das Regierungshandeln.

LANDESPLANUNG

Die angekündigte Novelle des Landesentwicklungsplans liege immer noch nicht vor, kritisierte **Dr. Günther Bergmann** (CDU). Rot-Grün fehlten Perspektiven in der Landesplanung.



Zukunftschancen eröffnen, Interessen ausgleichen und Betroffene beteiligen, das sei der Weg zu einer nachhaltigen Landesentwicklung, entgegnete **Rainer Christian Thiel** (SPD).

„Eine Landesplanung kann nur so gut sein wie ihre Zielvorstellung“, betonte **Holger Ellerbrock** (FDP). Er forderte Rot-Grün auf, ihre Ziele eindeutig festzulegen und zu erklären.

Herbert Franz Goldmann (GRÜNE) erklärte, dass eine nachhaltige Entwicklung des Landes nur durch verbindlich und konkret formulierte Grundsätze und Ziele sicherzustellen sei.

Michele Marsching (PIRATEN) forderte alle Fraktionen auf, konstruktiv an der Erstellung des Landesentwicklungsplans mitzuarbeiten, um ihn auf ein solides Fundament zu stellen.

Ein einheitlicher Landesentwicklungsplan solle Planungen rechtssicherer und übersichtlicher machen, kündigte **Dr. Angelica Schwall-Düren**, Ministerin für Bundesangelegenheiten (SPD), an.

EUROPA UND EINE WELT

Werner Jostmeier (CDU) kritisierte die Kürzung von Geldern für konkrete Hilfsprojekte in Partnerregionen als verantwortungslos. Die EU-Gelder zur Strukturförderung sollten auch in Ostwestfalen eingesetzt werden, falls dort Bundeswehrstandorte wegfielen.

Seit dem Regierungswechsel 2010 mache NRW endlich wieder Europapolitik und nutze seinen Sachverstand in europäischen Fragen, so **Markus Töns** (SPD). NRW werde seiner Bedeutung und den wachsenden Aufgaben in Europa gerecht und sei auf dem richtigen Weg.

Die Ansätze zur Verbesserung der Europafähigkeit NRWs seien gut und sollten beibehalten werden, lobte **Holger Ellerbrock** (FDP). Auch die Kürzungen bei Auslandsprojekten seien in Ordnung und könnten sogar zu mehr Effizienz führen, unterstrich Ellerbrock.

Der Europa-Haushalt setze die richtigen Schwerpunkte und stelle eine stabile Finanzstruktur zur Verfügung, betonte **Andrea Asch** (GRÜNE). Gerade die Kommunen müssten in ihren Europaaktivitäten gestärkt werden, um mehr an Entscheidungen beteiligt zu werden.

„Europa muss in den Regionen nah am Bürger und direkt demokratisch stattfinden“,

forderte **Nicolaus Kern** (PIRATEN). NRW müsse hier den richtigen Kurs setzen und voranschreiten. Für eine konkrete Umsetzung habe Rot-Grün in den letzten Monaten nichts getan.

Die Landesregierung trage dafür Sorge, dass Europa nicht nur transparenter, sondern demokratischer und sozialer werde, so **Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Die Eine-Welt-Politik sei ein Markenzeichen NRWs und setze wichtige Akzente.

MEDIEN

Die CDU werde darauf achten, ob die Landesregierung Veränderungen in der Medienlandschaft nutze, um die Unabhängigkeit der Medien zu gefährden, erklärte **Prof. Dr. Thomas Sternberg**.

Die Sicherung der Vielfalt, die Vermittlung von Medienkompetenz und die Stärkung des Medienstandorts NRW seien die Ziele der rot-grünen Medienpolitik, so **Alexander Vogt** (SPD).

„Es scheint ein Stil offenbar zu werden, der Entwicklungen in den Medien vor allem von der Gnade von Funktionären und Seilschaften abhängig machen will“, so **Thomas Nüchel** (FDP).

Es sei positiv, über Meinungsvielfalt und Teilhabe in einer medial bestimmten Gesellschaft nachzudenken, entgegnete **Oliver Keymis** (GRÜNE). Dies gelte auch für staatliche Stiftungen.

In der digitalen Medienwirtschaft entstünden Produkte, die fast schon täglich die Art veränderten, wie Menschen lebten, arbeiteten und kommunizierten, so **Daniel Schwerd** (PIRATEN).

Teilhabe erfordere einen selbstbestimmten Umgang mit Medien. Deshalb wolle die Landesregierung die Medienkompetenz stärken, so **Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD).

WIRTSCHAFT, INDUSTRIE, MITTELSTAND UND HANDWERK

Die Landesregierung behindere mit wettbewerbsverzerrenden Abgaben sowie mit Klimaschutz-, Tarifreue-, Nichtraucher- und Ladenschlussgesetz wirtschaftliches Wachstum, kritisierte **Hendrick Wüst** (CDU). Der Wirtschaftsminister müsse sich endlich durchsetzen.

Die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sei im letzten Jahr um ein Prozent gestiegen, so **Dietmar Bell** (SPD). Industrie und produzierendes Gewerbe entwickelten sich besser als im Bund. Dies sei ein Signal für wirtschaftliche Stärke.

Bruttoinlandsprodukt und Exportquote stagnierten, NRW verliere an wirtschaftlicher Bedeutung, widersprach **Ralph Bombis** (FDP). Der rot-grüne Wirtschaftsminister dürfe nicht nur rhetorisch wirken, er müsse auch Regulierungen zulasten der Wirtschaft verhindern.

Was sei konservativ daran, Menschen einen Mindestlohn zu verweigern oder beim Ladenschluss den Sonntagsschutz zu schleifen, fragte **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE) in Richtung CDU. Rot-Grün hingegen fördere Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen.

Aufgrund fehlender Einschnitte und richtungsweisender Schwerpunktsetzung skizzierte **Daniel Schwerd** (PIRATEN) den Wirtschaftshaushalt als „mutlos“. Richtig wären eine verstärkte Förderung der Verkehrs- und Informationsinfrastruktur sowie der Kreativwirtschaft.

Es gehe nicht darum, mit Geld und großen Gesetzen, sondern unter Zusammenarbeit aller eine Idee für die Zukunft zu entwickeln, erläuterte **Wirtschaftsminister Garrett Duin** (SPD): „Ich will kein Papier produzieren, sondern ich suche den direkten Austausch.“

ENERGIE

Rund 358 Millionen der 366 Millionen Euro in diesem Einzelplan entfielen auf Kohlehilfen, erklärte **Thomas Kufen** (CDU). Notwendig sei aber jetzt ein klares energiepolitisches Konzept der Landesregierung.

Der „energiepolitische Zickzackkurs“ der CDU/FDP-Bundesregierung schaffe Probleme für konventionelle wie erneuerbare Energieträger, meinte **Thomas Eiskirch** (SPD). Notwendig sei ein nationaler Masterplan.

Eine Priorisierung der Energiewende sowie eine Befürwortung der Senkung der Stromsteuer forderte **Dietmar Brockes** (FDP) von Rot-Grün. Der Lackmus-Test komme bei der Frage nach Kraftwerksstandorten in NRW.

Fotos: Knipschild / Eckrich



Hendrick Wüst (CDU)

Dietmar Bell (SPD)

Ralph Bombis (FDP)

Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Daniel Schwerd (PIRATEN)

Wirtschaftsminister Garrett Duin (SPD)



HAUSHALT

CDU und FDP wollten die Energiewende eigentlich gar nicht, vermutete **Wibke Brems** (GRÜNE). Die in diesem Einzelplan vorgesehenen Mittel dienten zur Absicherung der „Ewigkeitslasten“ von Stein- und Braunkohle.

„Wir wollen eine dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien“, skizzierte

stehen, den faktischen Bedarf an U3-Plätzen ab August nicht decken zu können. In diesem Zusammenhang schlug Düngel erneut einen U3-Fonds vor.

Der U3-Rechtsanspruch richte sich an die Kommunen, stellte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD) klar und betonte: Beim U3-Ausbau un-

(CDU) hinsichtlich des angekündigten Sportpakts. Rot-Grün breche allzu oft Versprechen.

„Der Pakt für den Sport wird bald umgesetzt werden“, reagierte **Rainer Bischoff** (SPD). Insgesamt lobte er den Etat für seine Kontinuität und Ausgewogenheit: NRW sei auf dem richtigen Weg.



Hanns-Jörg Rohwedder die Ziele der PIRATEN. Subventionen von fossilen und nuklearen Energien müssten offengelegt werden.

Erneuerbare müssten in die Systemverantwortung überführt werden, erläuterte **Wirtschaftsminister Garrelt Duin** (SPD). Auch müssten der Netzausbau beschleunigt und Speichertechnologien vorangebracht werden.

terstütze das Land diese „mit jedem Cent“ – und natürlich gehe es nach dem Sommer weiter. Schwarz-Gelb hingegen habe keine Vorsorge getroffen.

KULTUR

Die Kürzung des Kulturetats sei ein „fatales Signal“, befand **Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU). Zudem habe Rot-Grün immer noch nicht das versprochene Fördergesetz auf den Weg gebracht.

Mehr zu verteilen, sei immer schöner, so **Andreas Bialas** (SPD). Ihm passten auch nicht alle Kürzungen im Kulturetat: „Aber ich begrüße den grundsätzlichen Sparwillen dieser Regierung.“

„Die Kulturpolitik der Landesregierung ist ein Drama“, kritisierte **Ingola Schmitz** (FDP). Sie befürchte, dass wegen der Landeskürzungen nun auch die Kommunen ihr Engagement zurückführen könnten.

Man werde noch über einige Abänderungen sprechen, so **Oliver Keymis** (GRÜNE). Gleichzeitig warf er der Opposition vor: „Ihr Beitrag war bis auf das pauschale Opponieren relativ gering.“

Auch **Frank Herrmann** (PIRATEN) wandte sich gegen Kürzungen. Zudem forderte er Rot-Grün auf, Hackerspaces, also öffentlich zugängliche Hobby- und Begegnungsräume, landesweit zu fördern.

Die Kürzungen seien „schmerzhaft“ aber „maßvoll“, meinte **Kulturministerin Ute Schäfer** (SPD). Zudem liege der Kulturetat über dem von 2010. Einen „Kahlschlag“ werde es mit Rot-Grün nicht geben.

SPORT

„Ich fordere Sie auf, Ihre Versprechen in Sachen ‚Sport‘ einzuhalten“, mahnte **Holger Müller**

NRW sei das Sportland Nummer eins, betonte **Marc Lürbke** (FDP). Dass Rot-Grün die Zuschüsse an den Landessportbund kürze, bezeichnete er als „übles Foul“ und „Angriff“ gegen den Sportpakt.

Die FDP kritisiere Kürzungen und zugleich fehlendes Sparen: Das sei „schizophren“, so **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE). Zudem gehe das Sportland NRW von einer Million Euro weniger nicht unter.

Lukas Lamla (PIRATEN) bewertete die Sportförderung als zu knapp bemessen. Zudem forderte er, nicht nur Verbände, sondern auch offene kommunale Sport- und Bewegungsangebote zu unterstützen.

Wenn es nach der CDU ginge, wären die Kürzungen doppelt so hoch ausgefallen, bemerkte **Sportministerin Ute Schäfer** (SPD). Beim Sportpakt kündigte sie einen Abschluss bis zum Sommer an.

UMWELT UND NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT

Das Umweltministerium erhalte den höchsten Zuwachs an Mitteln und Personal. Aus Sicht von **Rainer Deppe** (CDU) bringe dies aufgrund fehlender Schwerpunktsetzung aber nicht mehr Umweltschutz. Außerdem zeuge die Informationspolitik beim Fracking-Versuchsloch, beim Prognos-Gutachten sowie bei Schadstoffen im Trinkwasser an der Ruhr nicht von Transparenz. Stattdessen werde der strukturfeindliche Klimaschutzplan verteidigt.

Manfred Krick (SPD) sah dagegen ein verbessertes Zusammengehen von Ökologie und Ökonomie. Dies werde auch durch die zusätzlichen Stellen in der Umweltverwaltung abgesichert. Kürzungsanträge der CDU bedeuteten dagegen letztlich unter anderem die Einstellung des Landesbetriebes Wald und Holz. Auf der anderen

FAMILIE, KINDER UND JUGEND

„Der beitragsfreie Kindergarten ist sozialpolitisch der falsche Weg“, kritisierte **Ursula Doppmeier** (CDU). Auch fehle ein konkreter Plan für die U3-Betreuung. Zudem forderte sie zehn Millionen Euro für die Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches „Sexueller Missbrauch“.

Der Haushalt schreibe eine gute Kinder- und Jugendpolitik fort, entgegnete **Wolfgang Jörg** (SPD). Tatsächlich entlaste das beitragsfreie Kita-Jahr vor allem Geringverdiener und sei damit ein „sozialer Akt“. Zur U3-Betreuung sagte er: „Wir werden den Rechtsanspruch umsetzen.“

Seine Fraktion werde den Haushaltplan ablehnen, so **Marcel Hafke** (FDP). Er versäume es, entscheidende Weichen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie insgesamt eine unbürokratische Familienpolitik zu stellen. Wichtige Fragen auch bei der U3-Betreuung blieben ungeklärt.

Bei allen notwendigen Einsparungen setze Rot-Grün Schwerpunkte, lobte **Andrea Asch** (GRÜNE). Einer seien die Familien, Kinder und Jugendlichen im Land: „Das ist zukunftsorientierte Investition und Politik.“ CDU und FDP warf sie mangelnde Orientierung und Sachkenntnis vor.

Bildung müsse ab dem ersten Kita-Jahr kostenfrei sein, befand **Daniel Düngel** (PIRATEN). Zudem forderte er die Regierung auf, dazu zu



Seite lasse die Landesregierung die Kommunen auch beim Hochwasserschutz nicht im Stich und erhöhe hier die Mittel.

Für **Karlheinz Busen** (FDP) sind „Lebensmittelskandale, ideologische Verbohrtheit bei der Jagd, beim Forstgesetz und beim unsäglichen Verbandsklagerecht für militante Tierrechtler

würden aufgrund bürokratischer Hemmnisse immer weniger Windkraftanlagen gebaut.

Rot-Grün fördere mit Beratungsangeboten in Sachen erneuerbarer Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und Energieeinsparung verschiedene Bausteine zum Klimaschutz, so **Norbert Meesters** (SPD).

wahrloste Quartiere“. Hier müsse der Haushalt nachlegen.

Politik sei dem Recht auf bezahlbares Wohnen verpflichtet, betonte **Bauminister Michael Groschek** (SPD): „Dem folgt auch unser Wohnungsbauprogramm.“ Vorhandenes Geld sei gezielt einzusetzen.

Fotos:
Knipschild/
Eckrich



Rainer Deppe (CDU)

Norbert Meesters (SPD)

Henning Höne (FDP)

Wibke Brems (GRÜNE)

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)

Klimaschutzminister Johannes Remmel (GRÜNE)

und Naturschutzverbände“ die tägliche Realität rot-grünen Regierungshandelns. Statt Landwirte überparteilich zu unterstützen und zu begleiten, verunsichere der Minister Tausende von ihnen. Sie fühlten sich durch „Öko-Parolen“ existenziell gefährdet.

Umwelt, Wirtschaft und Sozialpolitik gehörten im nachhaltigen Sinne zusammen, betonte **Hans Christian Markert** (GRÜNE). Bei der Haushaltskonsolidierung dürfe man nicht Instrumente und Ziele verwechseln. Daher müsse Sparen kombiniert werden mit Einnahmeerhöhungen und Effizienzsteigerungen. Im Lebensmittelbereich solle es zukünftig verstärkt Kontrollen geben, daher rufe auch die Bundesministerin nach mehr Landespersonal.

Es gebe Widerstand gegen eine Landwirtschafts- und Umweltpolitik, die der Industrie wohlwollend das Tablett reiche und Verbraucherinnen bzw. Verbraucher ans Ende stelle, meinte **Simone Brand** (PIRATEN). Die Produktions- und Lieferantketten bei Nahrungsmitteln müssten nachvollziehbar gestaltet und ebenso auch die Lebensmittelkontrollen ausgeweitet werden. Man dürfe keine Anreize geben, immer mehr Tiere möglichst kosteneffizient „hochzumästen“.

Rund 45 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in NRW seien vom Aussterben bedroht, mahnte **Umweltminister Johannes Remmel** (GRÜNE). Notwendig seien Antworten auf Fragen bei Naturschutz, Biodiversität, möglichen Gesundheitsgefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie beim Ressourceneinsatz. Hier hätten CDU und FDP keine Konzepte. Die neuen Stellen würden im Übrigen voll über entsprechende Gebühreneinnahmen finanziert.

KLIMASCHUTZ

Die Energiewende komme in NRW nicht voran, konstatierte **Rainer Deppe** (CDU). Zum Beispiel

Eine fehlende produktbezogene CO₂-Bilanzierung kritisierte **Henning Höne** (FDP) beim rot-grünen Klimaschutzgesetz. Notwendig sei eine bundesweite Abstimmung bei der Energiewende.

Rot-Grün sehe die notwendigen Ausgaben als Chance, als Wertschöpfung vor Ort, verteidigte **Wibke Brems** (GRÜNE) vor allem die Maßnahmen der Landesregierung für die Kommunen.

Die Frage sei nicht, was die Energiewende koste; die Frage sei, was es koste, wenn sie nicht umgesetzt werde, forderte **Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN) weitergehende Maßnahmen.

Kein anderes Bundesland sei so systematisch den Bereich „Klimaschutz und Energiewende“ angegangen wie NRW, sah sich **Klimaschutzminister Johannes Remmel** (GRÜNE) bestätigt.

BAUEN UND WOHNEN

Im Bereich Bauen und Wohnen setze die Landesregierung die falschen Schwerpunkte, kritisierte **Wilhelm Hausmann** (CDU): „Sie sparen bei Investitionen und nicht bei den Konsumausgaben.“

Andreas Becker (SPD) sprach von einem „guten“ Haushalt mit der Schuldenbremse im Blick: „Weniger und anders“, so der Leitsatz. Dies bedeute auch „neuen Schwung“ im sozialen Wohnungsbau.

Der vorliegende Einzelplan sei die „Spardose des Landes“, bemängelte **Holger Ellerbrock** (FDP). Sparen sei zwar grundsätzlich richtig, doch verfolge Rot-Grün dies mit den falschen Prioritäten.

Lob für den Haushalt kam von **Daniela Schneckeburger** (GRÜNE). Während Schwarz-Gelb falsche Weichen gestellt habe, wollten GRÜNE und SPD die Wohnungsbauförderpolitik nun neu ausrichten.

Wohnungs- sei auch Sozialpolitik, erinnerte **Oliver Bayer** (PIRATEN). Er kritisierte die Aufspaltung in Wohlstandwohngebiete und „ver-

STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR

Bauen und Verkehrsprojekte für Rot-Grün wohl keine Rolle, meinte **Bernhard Schemmer** (CDU). Hierauf entfalle ein Drittel der Gesamteinsparung. Er forderte: „Weniger konsumieren, mehr investieren!“

„Es ist die Kunst gefragt, mit weniger Mitteln mehr zu bewirken“, betonte **Reiner Breuer** (SPD) angesichts der Schuldenbremse. Die Regierung setze klare Prioritäten: Erhalt gehe vor Neubau.

Holger Ellerbrock (FDP) sprach von einer „Falschdeklaration“. Rot-Grün erwecke den Eindruck, Kürzungen beim Straßenneubau in den Erhalt zu stecken. Dies stimme aber nur zu einem Bruchteil.

Der Haushalt biete die Chance für eine „Verkehrswende“, so **Rolf Beu** (GRÜNE): überflüssige Wege vermeiden sowie mehr umweltfreundliche Verkehrsmittel und effizientere Technologien nutzen.

„Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind Investitionen in die Zukunft“, betonte **Oliver Bayer** (PIRATEN). Sparen sei hier fehl am Platz. Bayer forderte einen fahrscheinlosen ÖPNV.

Beim Prinzip „Erhalt vor Neubau“ habe Berlin NRW fast schon überholt, merkte **Verkehrsminister Michael Groschek** (SPD) an. Das Ziel sei eine sozial- und umweltverträgliche Mobilität.

bra, cw, zei

Eckdaten zum Haushalt

Der Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt für das Haushaltsjahr 2013 in Einnahmen und Ausgaben rund 60 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen werden mit 44,8 Milliarden Euro angesetzt. Die Netto-neuerschuldung soll laut Haushaltsplan 3,5 Milliarden Euro betragen.



Prüfpflicht für Abwasserkanäle

Rot-Grün hält an Besorgnisgrundsatz fest

27. Februar 2013 – Gefährden Abwasseranlagen das Grundwasser und darf man hierfür folglich Prüffristen festschreiben? Über diese Frage und zwei unterschiedliche Gesetzentwürfe hatte der Landtag zu entscheiden. Bislang müssen alle Abwasseranlagen innerhalb bestimmter Fristen überprüft werden. Die CDU/FDP-Lösung einer Überprüfung nur nach konkretem Verdacht gefährde das Trinkwasser, so SPD und GRÜNE. Es müsse vorbeugend geprüft werden. Die angesprochenen Oppositionsfraktionen wiederum kritisierten, SPD und GRÜNE stellten Hausbesitzende unter Generalverdacht. Eine Gefährdung durch Abwasserkanäle sei eben nicht nachgewiesen, meinten auch die PIRATEN und befürchteten eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten.

„Die Hauseigentümer werden gegenüber der Regelung, die bis zum heutigen Tage gültig ist, bessergestellt“, meinte **Norbert Meesters** (SPD). Anders als die bestehende bürgerferne und wenig praxistaugliche Regelung schaffe die Neuregelung jetzt Rechtssicherheit und schütze das Trinkwasser wirksam. Diese halte an dem Besorgnisgrundsatz fest, denn wenn Schäden erst einmal offenkundig würden, sei es zu spät. Daher sehe man innerhalb von Wasserschutzgebieten für die Überprüfung Fristen vor, außerhalb nicht. Allerdings könnten hier die Kommunen Satzungen und Fristen festsetzen. Für Härtefälle gewähre das Land Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen.

„Kanäle müssen dicht sein“, betonte auch **Josef Hovenjürgen** (CDU). Aber es reiche aus, bei begründetem Verdacht tätig zu werden. Den Regierungsfractionen warf er vor, sie seien inkonsequent: Entweder es gebe eine Gefährdung durch Abwasserkanäle, dann brauche man eine flächendeckende Dichtheitsprüfung. Oder es gebe keine Gefährdung, wovon er ausgehe, dann brauche man gar keine Prüffristen. Jedenfalls sei es bürgerunfreundlich, über die „Hintertür“ kommunaler Entscheidungsmöglichkeiten doch wieder eine flächendeckende Dichtheitsprüfung einzuführen. Die CDU leh-

ne einen „Generalverdacht“ gegen Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen jedenfalls ab.

Notwendig sei ein fairer Ausgleich von Interessen, der den Besorgnisgrundsatz einschließe, erläuterte **Hans Christian Markert** (GRÜNE). Dieser müsse auch die Interessen der Hauseigentümerinnen und -eigentümer berücksichtigen, die ihren Kanal bereits saniert hätten. Leider sei eine bundeseinheitliche Lösung an der FDP gescheitert, so der Abgeordnete. Die Neuregelung für NRW stelle in besonderem Maße die Wasserschutzgebiete in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Kommunen erhielten die Möglichkeit, bestehende Überprüfungsregelungen beizubehalten. Es könne nicht sein, dass bestimmte Straßenzüge bereits saniert worden seien, andere aber nicht.

Ministerpräsidentin Kraft habe ihr Wahlversprechen gebrochen, so **Henning Höne** (FDP). Denn man entscheide heute „zwischen der wirklich bürgerfreundlichen Lösung von FDP und CDU auf der einen Seite und dem Generalverdacht von SPD und GRÜNEN auf der anderen Seite“. Dadurch, dass außerhalb von Wasserschutzgebieten zukünftig die Kommunen über Prüfpflichten entscheiden sollten, sei zu befürchten,

dass es doch zu einer flächendeckenden Prüfpflicht komme. Ebenso schlimm sei ein „Flickenteppich“. Außerdem schiebe Rot-Grün so den Kommunalpolitikerinnen und -politikern den schwarzen Peter zu. Umweltschutz müsse effektiv und verhältnismäßig sein.

Die Bürgerinitiativen seien mit dem rot-grünen Gesetzentwurf alles andere als zufrieden, so **Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN): „Wir teilen diese Unzufriedenheit.“ SPD und GRÜNE behaupteten ohne Beweis, dass von privaten Anschlussleitungen, die überwiegend trocken lägen, eine Gefahr für das Grundwasser ausgehe. Mit dieser Begründung sei eine flächendeckende Dichtheitsprüfung nicht gerechtfertigt. Diese drohe aber durch den vorliegenden rot-grünen Gesetzentwurf. Er biete eine breite Front für Rechtsstreitigkeiten, befürchtete Rohwedder. Der Gesetzentwurf von CDU und FDP hingegen berücksichtige das Verfassungsprinzip der Verhältnismäßigkeit.

Die Landesregierung sei der Meinung, dass für die Zukunft ein vollziehbares Regelungskonzept benötigt werde, erklärte die stellvertretende Ministerpräsidentin **Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) in Vertretung von Umweltminister Rimmel. „Die Belange der Bürgerinnen und Bürger und die Belange der Wasserwirtschaft müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen“, so Löhrmann. Wer solle denn einen Verdacht feststellen, wenn die Betreiber nicht mehr verpflichtet seien, ihre Abwasseranlagen zu untersuchen, fragte sie in Richtung CDU und FDP. Daher gelte die im Wasserhaushaltsgesetz geregelte generelle Prüfpflicht für alle Abwasserleitungen. CW

Abstimmung

SPD und GRÜNE setzten in namentlicher Abstimmung ihren Gesetzentwurf (Drs. 16/1264) gegen den Gesetzentwurf von CDU und FDP (Drs.16/45), für den auch die PIRATEN stimmten, durch.

Ihren Amtseid ...

... legte die neue Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen, Dr. Ricarda Brandts, vor dem Landtag ab. Durch die Vereidigung vor dem Landesparlament komme auch die demokratische Legitimation des übertragenen Richteramtes zum Ausdruck, so Brandts in einer Ansprache. Alle staatlichen Repräsentanten seien verpflichtet, die für sie geltenden gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bindungen einzuhalten. Antworten auf gesellschaftliche Probleme müssten allerdings in erster Linie das Parlament und die Regierung geben. Foto: Meyer





„Wasser muss gut und bezahlbar sein“

Breite Mehrheit gegen geplante EU-Regelungen einer möglichen Privatisierung

27. Februar 2013 – Auf Antrag von SPD, GRÜNEN, PIRATEN und CDU hat der Landtag über den Schutz der kommunalen Wasserversorgung (Drs. 16/2197) diskutiert. Die antragstellenden Fraktionen waren sich darüber einig, dass eine Privatisierung der Wasserwirtschaft abzulehnen sei. Der Landtag stimmte bei Enthaltung der FDP mehrheitlich für die Initiative.

Für die PIRATEN sei Wasser „kein übliches Handelsgut“, machte deren Fraktionssprecher **Nicolaus Kern** deutlich. „Es darf nicht allein Marktregeln unterworfen werden.“ Eine forcierte Liberalisierung und Privatisierung des Wassersektors und einer damit verbundenen Herauslösung aus dem Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge lehnten die PIRATEN ab. „Allgemeinwohl geht für uns immer vor einzelnen Wirtschaftsinteressen“, betonte Kern. Ansonsten drohe eine Zwangsliberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung. Private Unternehmen würden dann in weiten Teilen der EU die Trinkwasserversorgung übernehmen und zur reinen Profitmaximierung betreiben, in NRW und anderswo, so der PIRATEN-Sprecher.

Die kommunale Wasserversorgung müsse aus dem Geltungsbereich der EU-Richtlinie herausgenommen werden, forderte **Markus Töns** (SPD). Dass die Bundesregierung bisher nichts dafür unternommen habe, sei mehr als bedauerlich. Da helfe auch der Hinweis nicht, die EU beabsichtige auf keinen Fall, in kommunale Freiräume einzugreifen. Genau das aber werde geschehen, wenn diese Richtlinie so verabschiedet werden sollte, befürchtete Töns. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein sehr gutes Gefühl dafür, dass die Daseinsvorsorge nicht der Marktgläubigkeit geopfert werden dürfe. „Dies haben in der Vergangenheit zum Beispiel die Kämpfe um den Erhalt der Sparkassen und um den öffentlichen Nahverkehr gezeigt“, so Töns.

Auch **Stefan Engstfeld** (GRÜNE) meinte: „Wir GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen sprechen uns nachdrücklich gegen die Planung der EU-Kommission aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Trinkwasserversorgung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen.“ Wasser, hierzu gehöre auch die Abwasserversorgung, sei laut den Vereinten Nationen ein Menschenrecht und dürfe deswegen nicht unter die Binnenmarktregelung fallen. „Wasser muss gut und bezahlbar sein“, stellte Engstfeld fest. Einer Privatisierung des Wassersektors, die die Versorgung allein den Regeln des Marktes unterwerfe und dem kommunalen Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge entziehe, sei im Interesse des Allgemeinwohls entschieden entgegenzutreten.

„Die Wasserversorgung liegt bei unseren 396 Kommunen in den besten Händen“, erklärte **Ilka von Boeselager** (CDU). Die kommunale Selbstverwaltung sei eine Erfolgsgeschichte, die gegenüber den europäischen Partnern sehr selbstbewusst vertreten werden solle. „Wir hoffen, vielleicht auch noch andere Länder innerhalb Europas dafür gewinnen und davon überzeugen zu können, wie wichtig das doch für die Zukunft ist“, so von Boeselager. Wasser gehöre zu den sensiblen Gütern, die sich nicht für ungehemmten Wettbewerb und Profitstreben eigneten. Vor dem Hintergrund der Ängste, die die Eurokrise ausgelöst habe, sei es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem mitgehen könnten, was innerhalb Europas geschehe.

Die Dienstleistungsrichtlinie schreibe nicht vor, dass irgendeine Kommune die Wasserwirtschaft privatisieren müsse, unterstrich dagegen **Holger Ellerbrock** (FDP). Das Gegenteil sei der Fall: Die Entscheidungshoheit der Kommune bleibe bestehen. „Nur wenn sie sich entscheidet zu privatisieren, muss das nach einem transparenten Verfahren ausgeschrieben werden“, stellte Ellerbrock fest. Die EU sage schon seit langer Zeit, dass Wasser keine übliche Handelsware sei, deswegen unterliege es anderen Spielregeln. Bei dieser Diskussion handele es sich um „einen Sturm im Wasserglas“. Selbst die Stadtwerke Köln sagten, dass diese Dienstleistungsrichtlinie nicht betreffe sie und sie damit vernünftig arbeiten könnten.

Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) betonte: „Wasser ist untauglich für eine Unterordnung unter den europäischen Binnenmarkt.“ Alle Vergleiche mit liberalisierten Märkten zeigten, dass die Qualität sinke und der Preis steige. Deshalb sollten alle Fraktionen zusammen der EU-Kommission deutlich machen, dass NRW „an der kommunalen Daseinsvorsorge ohne Wenn und Aber festhalten“ werde, forderte Duin. Der Wirtschaftsminister kritisierte die Argumentation seines Vorredners und zeigte sich enttäuscht darüber, dass sich die FDP-Fraktion der gemeinsamen Initiative zum Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge verweigert habe. Duin plädierte dafür, den politischen Druck auf die EU-Kommission weiter zu verstärken. *zei*



Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/2287	Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung, FDP	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 20.3.2013
16/2279	Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler in NRW, SPD/GRÜNE	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 21.3.2013
16/2256	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW und des Polizeiorganisationsgesetzes, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 20.3.2013
16/2255	Änderung des Ausführungsgesetzes des Landes NRW zum Zensusgesetz 2011, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 20.3.2013
16/2148	Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in NRW, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 22.3.2013 Beratung mit Drs.16/2135
16/2124	Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge, CDU	Vorschlag: Kommunalausschuss	1. Lesung 20.3.2013
16/2135	Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz, PIRATEN	Hauptausschuss	Beratung mit Drs.16/2148
16/2097	Änderung des Landesforstgesetzes, GRÜNE	Vorschlag: Umweltausschuss	Anhörung geplant
16/2041	Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Verfassungsschutzgesetzes, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	2. Lesung 20.3.2013
16/1821	Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 20.3.2013
16/1625	Dienstrechtsanpassungsgesetz für NRW, LR	Haushaltsausschuss	Ausschuss 18.4.2013

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1624	Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung, LR	Bauausschuss	2. Lesung 20.3.2013
16/1572	Gesetz zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, LR	Wirtschaftsausschuss	Ausschuss 10.4.2013 2. Lesung 24.-.26.4.2013
16/1468	Stärkung der kommunalen Demokratie, SPD/GRÜNE	Kommunalausschuss	2. Lesung 20.3.2013
16/1435	Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in NRW, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss 17.4.2013
16/1286	Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes, LR	Haushaltsausschuss	2. Lesung 20.3.2013
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschaftsausschuss	Anhörung 7.5.2013
16/1188	Anerkennungsgesetz, LR	Sozialausschuss	Ausschuss 10.4.2013
16/1187	Rechtsvorschriften im Bereich des Gesundheitsministeriums, LR	Sozialausschuss	Beratung läuft
16/1167	Feuerwehrschutz und die Hilfeleistung (FSHG), CDU	Innenausschuss	Anhörung 11.4.2013
16/748	Zweckbindung der nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	2. Lesung 20.3.2013
16/746	Jugendarrestvollzug, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss 17.4.2013
16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Ausschuss 10.4.2013
16/120	Kommunalwahlgesetz, PIRATEN	Kommunalausschuss	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - aktuell im Plenum entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/1732	Landesausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe –	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 23.1.2013 2. Lesung 27.2.2013	angenommen
16/1402	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 27./28.2.2013 3. Lesung 20.-22.3.2013	angenommen
16/1400	Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 27./28.2.2013 3. Lesung 20.-22.3.2013	angenommen
16/1264	Landeswassergesetz	SPD/GRÜNE	1. Lesung 8.11.2013 2. Lesung 27.2.2013	angenommen
16/45	Landeswassergesetz	CDU/FDP	1. Lesung 8.11.2013 2. Lesung 27.2.2013	abgelehnt

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



Fußball-Randale: „Ehrlicher Dialog mit Fans“

Fachleute sehen Prävention und Kommunikation als Schlüssel

7. März 2013 – Stadionverbote, Meldeauflagen und Fanarbeit: Im Landtag haben Fachleute auf Antrag der FDP (Drs. 16/1268) über den Umgang mit Randalierern bei Fußballspielen diskutiert. Dabei sprachen sie sich für kommunikative und differenzierte Lösungen aus. In den vergangenen Monaten gab es auch in Nordrhein-Westfalen immer wieder gewaltsame Ausschreitungen vor und in Stadien.

„Das ist so nicht hinnehmbar“, bewertete Erich Rettinghaus von der Deutschen Polizeigewerkschaft die organisierte Gewalt rund um Fußballspiele. Ein Drittel der Bereitschaftspolizei sei nur noch für den Fußball abgestellt – dadurch fehlten Kräfte an anderer Stelle. Auch der Sicherheitsbeauftragte des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hendrik Große Lefert, bestätigte, die „mitunter hochgradig Kriminellen“ stellten Veranstalter und Polizei vor große Herausforderungen. Arnold Plickert von der Gewerkschaft der Polizei NRW bezifferte die Gruppe der Randalierer auf etwa 4.000 Personen: „Die haben eine andere Vorstellung von Fußball.“

Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass sich der Großteil der mehr als 20 Millionen Stadiongäste in den ersten drei Ligen friedlich verhalte, schränkte Große Lefert ein. Zudem, betonte er, zählten die deutschen Stadien wohl zu den sichersten der Welt. Auch Rettinghaus warnte davor, den Fußball insgesamt zu kriminalisieren.

PHÄNOMEN STADIONGEWALT

Die Ultrabewegung habe in lokalen Jugendkulturen einen erheblichen Zulauf erfahren, stellte Katja Kruse vom Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste fest. Michael Gabriel, Leiter der Koordinierungsstelle Fanprojekte, bezeichnete die Ultraszene gar als „größte jugendliche Subkultur“ in Deutschland. Der Umgang hiermit sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Gleichzeitig machte Plickert deutlich: „Gewalt ist kein neues Phänomen im Bereich Fußball.“ Während er davon ausgeht, dass sich die

Qualität der Stadiongewalt gesteigert habe, bezweifelt dies Thomas Schönig vom 1. FC Köln: Es gebe kaum wissenschaftliche Studien, kritisierte er. Schönig sprach sich zudem gegen Nacktuntersuchungen von Fans und gerichtliche Schnellverfahren gegen Gewalttäter direkt in Stadien aus.

ZWISCHEN PRÄVENTION & REPRESSION

Es komme auf eine Balance zwischen Vorbeugung und Strafe an, meinte unter anderem Gabriel. Schon jetzt bestehe unter den jungen Leuten ein ausgeprägtes Feindbild gegenüber der Polizei – dies dürfe nicht fahrlässig weiter geschürt werden. Viele glaubten fälschlicherweise, dass Gewalt mit dem olympischen Prinzip „Höher, schneller, weiter“ zu lösen sei, gab der Jurist Prof. Dr. Thomas Feltes zu bedenken. Dies treffe nicht zu. Der Schlüssel sei eine überzeugende Kommunikation, unterstrich Große Lefert: „Wir wollen und brauchen einen ehrlichen Dialog mit den Fans.“ Ein Fanparlament sei dabei eine mögliche Maßnahme, schlug der Geschäftsführer der Deutschen Fußball-Liga, Andreas Rettig, vor.

Für den Umgang mit den gewalttätigen Anhängern seien Stadionverbote und Meldeauflagen allerdings ein notwendiges Mittel, betonte Plickert, wobei er sich für letztere eine klarere gesetzliche Grundlage wünsche. Entscheidend sei dabei, so Gabriel, dass tatbezogen und nicht kollektiv bestraft werde. Alles über einen Kamm zu scheren, führe lediglich zu ungewollten Solidaritätsbewegungen, warnte Dr. Stefan Kleier, Wahlausschussvorsitzender beim FC Schalke 04.

In diesem Zusammenhang wandte sich Kleier auch gegen Vorverurteilungen: „Die gesamte Ultraszene ist heterogen.“ Sachlichkeit und Verhältnismäßigkeit seien wichtig. Zudem müssten Stadionverbote sehr behutsam eingesetzt werden, ermahnte Feltes. Anderenfalls drohe das Vertrauen in den Rechtsstaat gerade bei den betroffenen Jugendlichen erschüttert zu werden. Der Umgang sei bereits behutsam, entgegnete Plickert: Von über 15.000 Prüfanträgen seien nach Angaben des DFB in der vergangenen Saison bundesweit nur gut 1.000 Stadionverbote tatsächlich in Kraft getreten.

FANPROJEKTE & ORDNUNGSDIENSTE

Fanarbeit müsse sich in erster Linie auf die friedlichen Fans fokussieren und diese als Unterstützer gewinnen, erläuterte Gabriel. Ähnlich sah dies Dirk Bierholz vom Fanprojekt Düsseldorf: Die Leute müssten Verantwortung für ihre Kurve übernehmen. Der Geist, dass Straftäter in Fankurven gedeckt würden, müsse aufhören, so auch Rettig. Zudem forderte Gabriel die Politik auf, Fanprojekte stärker zu fördern. Hier fehle es in finanzieller, personeller und materieller Hinsicht, bestätigte Ralf Zänger von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte.

Luft nach oben sah Bierholz auch bei der Qualität der Ordnungsdienste: „Manchmal habe ich den Eindruck, so ein Ordnungsdienstmitarbeiter hat noch nie etwas von Deeskalation gehört.“ Dabei gehe es doch genau darum. Gleichzeitig warnte Lefert vor falschen Illusionen: Letztlich werde auch NRW die Stadien nie komplett gewaltfrei halten können. *bra*



+++Meldungen+++

Neue Überlegungen zu Sonntagsöffnungen

(13.03.2013) Unterschiedliche Auffassungen gab es im Wirtschaftsausschuss über die Anhörung zur geplanten Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes, die die Landesregierung beabsichtigt (Drs. 16/1572). Die rot-grünen Regierungsfractionen werteten die Stellungnahmen der Sachverständigen als Bestätigung des von ihnen vorgesehenen „maßvollen Ausgleichs“ zwischen den unterschiedlichen Interessen von Wirtschaft und Handel einerseits, Arbeitnehmervertretungen und Kirchen andererseits. Sie wollten den früheren Schutz der Gottesdienste sowie der Zeit für Familie und soziale Betätigungen wiederherstellen. Das sahen die Sprecher von CDU und FDP ganz anders (Antrag der FDP, Drs. 16/1471): Die Reduzierung der Zahl verkaufsoffener Sonntage werde, wie auch die Kommunen betont hätten, Einzelhändler vor allem in den Stadtteilen zukünftig deutlich schlechter stellen. Dieses Problem werde auch durch die aktuellen Überlegungen der Regierungsseite, die Lage der verkaufsoffenen Sonntage zugunsten der Adventszeit zu verschieben, nicht beseitigt. Auch die PIRATEN bezweifelten, dass eine Neuregelung überhaupt nötig sei.

Zentrum für Türkeistudien berichtet im Ausschuss

(13.03.2013) Über die Arbeiten des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsstudien berichteten dessen Vorsitzender, Wolfram Kuschke, sowie dessen Direktor, Professor Haci-Halil Uslucan, im Integrationsausschuss des Landtags. Das 1985 gegründete Institut sei mittlerweile eines der wichtigsten wissenschaftlichen Kompetenzzentren für Integration in Deutschland, so Kuschke. So liefere es Informationen, Studien sowie Beratungen für Politik und Wirtschaft. Vor allem aber solle es über Kontakte im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich einen Beitrag zur Festigung der deutsch-türkischen Beziehungen unabhängig von politischen Schwankungen liefern. Auch Prof. Uslucan betonte die wissenschaftliche Arbeit, die ebenso Grundlagenforschung wie auch Auftragsforschung umfasse. Weitere Tätigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentrums bestünden unter anderem in Veröffentlichungen, Tagungen, Veranstaltungen, Vorträgen und Gremienarbeit. Dabei

reiche die Themenvielfalt von Altersvorsorge und demografischem Wandel über Partizipation und Engagement bis zu Klimaschutz, Diskriminierung und Fragen der Religion.

Genehmigungspflichtiger Weihnachtsbaumanbau

(13.03.2013) Im Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss haben die Abgeordneten über einen rot-grünen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesforstgesetzes (Drs. 16/2097) beraten und sich für eine Expertenanhörung ausgesprochen. Im Detail geht es SPD und GRÜNEN darum, den Weihnachtsbaumanbau in Wäldern zur regulieren. Dazu sollen Anbauflächen mit mehr als zwei Hektar genehmigungspflichtig werden. Für bestehende Kulturen soll laut Entwurf eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2029 gelten. CDU und FDP befürchteten negative Folgen für die betroffenen Betriebe sowie



Illustration: Peter Flock

für landwirtschaftliche Flächen: Es bestehe die Gefahr, dass Weihnachtsbäume zukünftig auf diese verlagert würden. Insgesamt sei eine pauschale Regelung wenig sinnvoll. Die FDP hatte einen Antrag eingebracht, die bestehenden Vorschriften nicht zu verändern (Drs. 16/1621). NRW vollziehe mit einem solchen Gesetz nach, was in anderen Bundesländern bereits geregelt sei, meinte dagegen Umweltminister Johannes Rimmel (GRÜNE).

Doppelter Abiturjahrgang: Wie voll werden die Unis?

(13.03.2013) Zu den Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs im kommenden Wintersemester hörte der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung eine Reihe von Sachverständigen. Grundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 16/1477). Unterschiedliche Meinungen gab es darüber,

ob die Kapazitäten der Hochschulen ausreichen oder nicht. Jedenfalls müssten die Studienbedingungen für die Studierenden auch in den kommenden Semestern noch mit denen der vergangenen Semester vergleichbar bleiben; hierzu forderten einige Experten mehr Personal. Ein weiteres Problem sei die Heterogenität der Bewerberinnen und Bewerber. Angesprochen wurde auch das Problem fehlender Wohnungen und hoher Mieten. Ein Vorschlag war, den Verwaltungsaufwand der Studentenerwerke zu reduzieren, um freiwerdende Gelder in Baumaßnahmen zu investieren.

Kindertagespflege braucht einheitliche Standards

(14.03.2013) Gerade für Eltern mit Kindern unter drei Jahren hat sich die familiennahe Kindertagespflege als attraktive Betreuungsform etabliert. Auf Antrag der FDP (Drs. 16/1272) war die aktuelle berufliche Situation von Tagesmüttern und -vätern Thema einer Expertenanhörung im Familienausschuss. Sachverständige aus Kommunen, Verbänden, Landesbehörden und Interessenvertretungen forderten die Politik auf, landesweit gültige Rahmenbedingungen für eine bessere Bezahlung und

Qualifizierung festzulegen. Tagespflegepersonen seien auf einen Stundensatz angewiesen, der ihre Kosten auch tatsächlich decke. Auch eine Festanstellung als alternative Beschäftigungsform sollte angeboten werden. Finanzielle Planungssicherheit und die Absicherung im Krankheitsfall würden dann besser gewährleistet. Für sinnvoll hielten die Experten landeseinheitlich geregelte Qualitätsrichtlinien, Rahmenbedingungen und Stundensätze. Allerdings sollten sich diese Regelungen an der ortsüblichen Einkommensstruktur und am Mietkostenspiegel orientieren, um eine landesweit faire Bezahlung zu ermöglichen. Eine weitere Forderung war die bessere Vernetzung mit Kindertageseinrichtungen. Außerdem sei es notwendig, Fortbildungsangebote auszubauen und auch per Bildungsgutschein anzubieten. Bei Bedarf sollten erhöhte Pauschalen pro Kind, Betriebskostenzuschüsse und investive Mittel gewährt werden.



Wie viele Betten braucht das Land?

Krankenhausplan 2015: Anhörung von Fachleuten

7. März 2013 – Wie viele Krankenhäuser mit wie vielen Betten braucht Nordrhein-Westfalen? Wie erreicht man eine wohnortnahe Versorgung, auch im ländlichen Raum? Welche ärztlichen Leistungen – allgemein-medizinisch bzw. hochspezialisiert – sollen wo angeboten werden? Wie steht es um die Zukunft kleinerer Krankenhäuser? Über diese und andere Fragen berieten sich Abgeordnete und Fachleute im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) mit Blick auf den geplanten neuen Krankenhausplan. Bei Einigkeit im Ziel einer guten Versorgung steckte auch hier der Teufel im Detail. Denn eins wurde deutlich: Die Krankenhausversorgung muss bezahlbar bleiben.

So meinte Jochen Brink (Krankenhausesellschaft), die Krankenhausplanung müsse verlässliche und interpretationsfreie Rahmenbedingungen schaffen. Sein Zielkatalog: Die Versorgung müsse patientengerecht, qualitativ hochwertig, ortsnah, bedarfsgerecht, leistungsfähig und wirtschaftlich sein. Diese Grundsätze wurden allgemein unterstützt. So begrüßten Dr. Theodor Windhorst (Ärztchamber Westfalen-Lippe) und Rudolf Henke (Ärztchamber Nordrhein) das Konzept einer qualitätsorientierten Krankenhausplanung. Konkret forderten sie verbindliche Mindestvoraussetzungen für alle Krankenhäuser und Abteilungen, die in einem Versorgungsbereich tätig seien.

MINDESTGRÖSSEN

Widerspruch gab es dann zu der vom Ministerium vorgeschlagenen Mindestgröße von acht bis zwölf Betten in der Intensivpflege pro Krankenhaus. Über 22 Prozent der aktuell an der Versorgung teilnehmenden Krankenhäuser wiesen zurzeit eine Bettenstärke von zwei bis sieben Intensivbetten auf, so Brink. Würde die Mindestgröße von acht Betten zur Pflicht, müssten diese Krankenhäuser schließen.

Vor diesem Hintergrund befürchtete Karsten Gebhardt (Verband Evangelischer Krankenhäuser) eine Verschlechterung der flächendeckenden Versorgung insbesondere von Notfällen. So müsste nach den jetzigen Vorgaben jedes vierte evangelische Krankenhaus, viele davon in ländlichen Regionen, seine Intensivstation schließen. Konkret kritisierte Gebhardt unklare Begrifflichkeiten hinsichtlich des Versorgungsauftrags. Außerdem kämen die Länder ihrer Pflicht zur wirtschaftlichen Sicherung von Krankenhäusern nur noch unzureichend nach.

QUALITÄTSSTANDARDS

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass die Fachverbände bei der Erarbeitung der Qualitätskriterien nicht einbezogen worden seien. Aus Sicht

ihrer Kammern seien die Zahl und die Qualifikation der beschäftigten Ärztinnen und Ärzte zentrale Kriterien, betonten Windhorst und Henke. Hier solle der Entwurf die Anforderungen eindeutiger vorgeben. So sei eine Mindestzahl von Ärzten mit Facharztstatus notwendig, damit Ärzte ohne diese Qualifikation jederzeit, auch nachts und am Wochenende, auf deren Unterstützung zurückgreifen könnten. Qualitätsvorgaben stünden nicht im Widerspruch zum Bekenntnis, eine flächendeckende Versorgung sicherstellen zu wollen.

Gerade mit Blick auf den Facharztstandard ließen die Formulierungen zu viel Interpretationsspielräume zu, so Thomas Fritz für die AOK NordWest. So sei die Voraussetzung „fundierte Kenntnisse und Erfahrungen“ zu unbestimmt. Grundsätzlich solle man die Weiterbildungsordnungen der Ärztekammern zugrunde legen. Die Erfüllung eines solchen Facharztstandards werde leistbar sein, so Fritz.

Hinsichtlich der geforderten Qualitätskriterien schränkte Stefan Loos (IGES Institut, Berlin) ein: Diese seien nur dann erforderlich, wenn sie klar definierte Qualitätsdefizite beseitigten. Dabei solle der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.

ALTERSMEDIZIN

Für die AOK begrüßte Fritz insbesondere den geplanten Versorgungsverbund in der Altersmedizin (Geriatric). Dies könne zu einer qualitativ verbesserten Versorgung beitragen. Angesichts des demografischen Wandels sei die Geriatric in den letzten Jahren ein notwendiger und unverzichtbarer Bestandteil im Versorgungsangebot deutscher Krankenhäuser geworden, ergänzte Loos.

Auch Burkhard Schröders (Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen) hob die Bedeutung der Geriatric hervor. Deshalb dürfe sie aber nicht Bestandteil der Krankenhausplanung werden. Screening, also systematische Tests, seien nur dann sinnvoll, wenn es um eine optimale medizinische Behandlung von älteren Menschen gehe.

ABBAU VON KAPAZITÄTEN

Mit der Umsetzung des Krankenhausplans 2015 sei ein Abbau von Kapazitäten verbunden, so die Kammern in ihrer Stellungnahme. Diese Anpassungen sollten schrittweise und unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen sowie des regionalen Bedarfs umgesetzt werden.

Zwar sahen auch die kommunalen Spitzenverbände eine Notwendigkeit, die Zahl der vorhandenen Betten zu verringern. Bei dem im Plan vorgesehenen Abbau müsse man aber darauf achten, dass man nicht über das Ziel hinausschieße, so Reiner Limbach. Der Plan müsse eine Versorgung in der Fläche weiterhin ermöglichen. Zum anderen müssten auch Krankenhäuser mit Angeboten der Spitzenmedizin eine wirtschaftlich gesicherte Existenzgrundlage behalten. *cw*



Foto: Schälte



Aus den Fraktionen

Inklusion schafft Mehrwert für alle

Ein inklusives NRW, in dem Menschen mit Behinderung im vollen Umfang am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, ist Schwerpunktthema der SPD-Fraktion. Sie hatte am 5. und 14. März zu zwei zentralen Veranstaltungen in den Landtag eingeladen, bei denen es um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW ging. Weit über 400 Menschen mit und ohne Behinderung kamen.

Josef Neumann (Foto), Inklusionsbeauftragter der Fraktion, betonte zum Auftakt, dass nicht zuletzt wegen des Aktionsplans der Landesregierung Inklusion auf allen Ebenen umgesetzt werden muss. „Das schafft zugleich Mehrwert für die ganze Gesellschaft“, versprach Neumann, denn: „Wer zum Beispiel barrierefreie Wohnungen und Quartiere schafft, der nimmt ebenso die demographische Entwicklung ernst. Er schafft

seniorenfreundlichen Wohnraum und verbessert darüber hinaus das Wohnumfeld für Familien mit Kindern.“

Die besonderen Chancen des gemeinsamen Lernens zeigen sich in vielen Kitas. Das wurde beim zweiten SPD-Landtagstalk zur Inklusion am 14. März deutlich. Unter anderem beeindruckte dort Professor Rainer Strätz von der Fachhochschule Köln mit Beispielen, wie selbstverständlich Kinder „Inklusion leben“. In den Kitas würden die Voraussetzungen für die zukünftige inklusive Gesellschaft geschaffen. Zusätzliche Angebote der Weiterqualifizierung sowohl für sozialpädagogische als auch für therapeutische Fachkräfte in den Kitas und kollegialer, regionaler Erfahrungsaustausch seien sinnvoll, um Inklusion im Elementarbereich weiter voranzubringen.



Die SPD-Fraktion begleitet die beiden Landschaftsverbände, die derzeit ihre Angebote in allen Kitas harmonisieren, die sich der Inklusion verpflichtet fühlen. Bei der Veranstaltung gab es von den anwesenden Praktikerinnen und Praktikern viele Fragen und Hinweise für den weiteren Prozess gerade in Richtung der Landschaftsverbände.

Der nächste Schritt ist nun die Umsetzung von inklusiver Bildung an den Schulen. Dabei können viele gute Beispiele aus den inklusiven Kitas Vorbild sein. Diese Kitas können die Wiege für eine gelingende Inklusion im gesamten Bildungssystem sein.



Rot-Grüne Dichtheitsprüfung kommt Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen

Das von Rot-Grün verabschiedete Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes ist eine unzumutbare Belastung für über acht Millionen private Eigenheimbewohner in Nordrhein-Westfalen. „Die Dichtheitsprüfung wird die Bürger teuer zu stehen kommen“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende



Josef Hovenjürgen (Foto). „Das rot-grüne Gesetz sieht eine zwingende Dichtheitsprüfung aller privaten Abwasserleitungen in Wasserschutzgebieten vor. Diese Maßnahme belastet die Eigentümer mit bis zu 5.000 Euro. Die Eigenheimbesitzer werden gleich unter Generalverdacht gestellt. Denn bislang gibt es keinen Nachweis zwischen Grundwasserunreinigungen und häuslichen Abwässern“, sagt Hovenjürgen.

Die Prüfung muss für die vor 1965 errichteten Häuser bis zum 31. Dezember 2015 und für alle anderen Gebäude bis zum 31. Dezember 2020 durchgeführt werden. Darüber hinaus ermächtigt das Gesetz die Gemeinden, auch außerhalb von Wasserschutzgebieten die Einzelheiten der Zustands- und Funktionsfähigkeitsprüfung für alle Abwasseranlagen zu regeln. Auch bestehende kommunale Satzungen, die auf der alten Rechtslage entwickelt wurden, dürfen weiterhin Bestand haben. „Das ist ein Unding, denn dadurch wälzt die Landesregierung die Verantwortung auf die Kommunen ab. Somit kommt es zur Einführung der flächendeckenden Dichtheitsprüfung im gesamten Land durch die Hintertür. So sieht keine bürgernahe, verantwortungsbewusste Landespolitik aus“, erläutert Hovenjürgen.

Die CDU habe ein klares und bürgerfreundliches Konzept zur Dichtheitsprüfung vorgelegt. Hovenjürgen: „Klar ist: Abwasserrohre müssen dicht sein. Doch im Gegensatz zu SPD und Grünen stehen wir an der Seite der Eigenheimbesitzer, der Mieter und der vielen Bürgerinitiativen vor Ort. Eine Prüfung von privaten Abwasserkanälen soll nur dann durchgeführt werden, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass sie undicht sind. Diese Regelung soll landesweit gelten und nicht nur in Wasserschutzgebieten.“





GRÜNE gegen Rassismus

Die Grüne Fraktion hat sich vor Ort gemeinsam mit den vielen Aktiven in Initiativen und Bündnissen an den Gegen-Demonstrationen zu Veranstaltungen der Partei Pro NRW beteiligt. Die Rechtsextremen haben zu insgesamt 21 Demonstrationen vor Flüchtlingsunterkünften aufgerufen, und das ausgerechnet parallel zu den Wochen gegen Rassismus. Damit will die rechtsextreme Partei erneut Ressentiments in der Gesellschaft schüren und Flüchtlinge kriminalisieren. Die Fraktion erteilt dieser rassistischen Hetze eine klare Absage und unterstützt die zivilgesellschaftlichen Gegenaktionen.

Leider ist Rassismus Alltagsrealität in unserer Gesellschaft. Das haben auch die wissenschaftlichen Studien der vergangenen Jahre immer wieder festgestellt. Diesem gesamtgesellschaftlichen Problem können wir nur durch

offenes Ansprechen und Sensibilisierung begegnen.

Die Grüne Fraktion macht sich stark für den Kampf gegen Rechts. Trotz des großen Spardrucks wurden zusätzliche Mittel für die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Haushaltsetat der Landeszentrale für politische Bildung eingestellt.

Inzwischen sind auch die beiden neuen Beratungsstellen für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt in NRW, für die wir uns stark gemacht haben, angelaufen. Das nächste Ziel ist, ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu erstellen, das die Arbeit gegen Rechts mit einer nachhaltigen Strategie unterlegt und die Aktiven vor Ort unterstützt.



Ein Video der Fraktion für mehr Vielfalt finden Sie hier: <http://gruene.fr/3k>



FDP debattiert beim Werkstattgespräch über Zukunft der Berufskollegs



Vor welchen Herausforderungen stehen die Berufskollegs in den kommenden Jahren und wie können sie bewältigt werden? Darüber hat die FDP-Landtagsfraktion mit mehr als 80 Teilnehmern aus Berufskollegs, Wirtschaft, kommunalen Spitzen- und Elternverbänden beim Werkstattgespräch „Duales System: Zukunft des

Berufskollegs“ diskutiert. In seiner Begrüßung unterstrich FDP-Fraktionschef Christian Lindner die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Die duale Ausbildung sei das Rückgrat der Ausbildung für die Wirtschaft, um das viele Länder Deutschland beneiden. „Eine ausgeprägte Abiturfixierung, mangelnde Ausbildungsreife junger Menschen sowie angekündigte Veränderungen beim Übergangssystem Schule und Beruf stellen jedoch steigende, komplexe Anforderungen an die Berufskollegs“, erläuterte Ingola Schmitz (Foto, l.), Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der FDP-Fraktion.

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, der Vorsitzende des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, Wilhelm Schröder, und Knut Heine, Geschäftsführer für Berufsbildung

von der HWK Münster beleuchteten verschiedene Aspekte wie die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Fachkräftesicherung, die Ressourcen an den Berufskollegs, die zukunftsfähige Ausgestaltung der Bildungsgänge, das duale Studium sowie die zunehmende Bedeutung der interkulturellen Bildung. Nach dem intensiven Gedankenaustausch bilanzierten Schmitz und FDP-Bildungsexpertin Yvonne Gebauer (Foto, r.): „Für die weitere bildungspolitische Arbeit der FDP-Landtagsfraktion hat dieses Werkstattgespräch viele wichtige Impulse geliefert.“



Wir wollen's wissen

Fast 50 Mal ist das Wort Transparenz im Koalitionsvertrag erwähnt. Doch bisher bleibt es die Landesregierung schuldig, diesen Begriff mit Leben zu füllen. Das wollen wir ändern und fordern ein echtes Transparenzgesetz für Nordrhein-Westfalen. Mit einer Postkartenaktion laden die Piraten die Menschen in NRW ein, sich an dessen Entwicklung zu beteiligen.

Wer etwas von der Regierung oder einer Behörde erfahren möchte, bleibt häufig in einem Dickicht von Anträgen und Formularen stecken. Dabei sind diese Informationen mit Steuergeldern finanziert. „Die Landesregierung verbarrikadiert sich in Sachen Transparenz und Bürgerbeteiligung hinter Worthülsen. Vielleicht ändert sich das mit dem Druck



der Öffentlichkeit: Wir fragen die Menschen in NRW, was sie interessiert, welche politischen Entscheidungen transparenter gemacht werden müssen“, erklärt Michele Marsching, Abgeordneter der Piratenfraktion.

Mit der Unterstützung unserer Mitglieder verteilen wir insgesamt 50.000 Postkarten

in der Bevölkerung. Unter dem Motto „Ich will's wissen“ fordern wir die Bürger auf, ihre Fragen zu formulieren und an uns zurückzusenden. Zusätzlich gibt es ein Online-Formular auf www.transparenz-nrw.de (QR-Code s. u.). Die Antworten werden gesammelt, analysiert und fließen in die weiteren Vorbereitungen für ein Transparenzgesetz ein. Dabei verzichten wir auf den Einsatz eines großen Budgets: Für den direkten Dialog mit den Bürgern im Land brauchen wir noch nicht einmal 5.000 Euro.





Netze knüpfen

Parlamentariergruppen verbinden NRW mit der Welt

Seine grenzüberschreitende, internationale Arbeit gestaltet der Landtag NRW unter anderem durch die Arbeit von Parlamentariergruppen. Sie knüpfen entsprechende Kontakt und pflegen notwendige Freundschaften. Dies gilt für nachbarschaftliche Beziehungen zu den Benelux-Ländern, aber auch zu anderen Staaten, deren Geschichte wie im Fall Frankreichs, Polens und der Türkei eng mit der Nordrhein-Westfalens und seinen Regionen verflochten ist. Eine Selbstverständlichkeit sind die besonderen Kontakte zu Israel. In allen Fällen sollen Parlamentariergruppen auch die gemeinsame kulturelle und wirtschaftliche Zukunft mitgestalten helfen. Dies gilt sogar über kontinentale Grenzen hinweg für Kontakte zu den USA oder auch zu China.

NRW-Benelux

Als unsere Nachbarstaaten Belgien, die Niederlande und Luxemburg im Februar 1958 den ersten Benelux-Vertrag unterzeichneten, schufen sie die Grundlage für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Mitte Europas. Heute, 55 Jahre später, bilden die Benelux-Staaten und mit ihnen Nordrhein-Westfalen als wichtigster Partner eine Großregion innerhalb der Europäischen Union. Und sie wachsen sowohl politisch als auch wirtschaftlich und kulturell weiter zusammen.

Diesen Prozess möchte die Parlamentariergruppe NRW-Benelux konstruktiv begleiten. Seit 2010 setzt sie sich dafür ein, insbesondere die parlamentarischen Kontakte zu Entscheidungsträgern in den drei Benelux-Staaten und zu Repräsentanten der Benelux-Union mit Sitz in Brüssel zu intensivieren. In diesem Rahmen thematisiert die Parlamentariergruppe aktuelle Herausforderungen wie etwa den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwischen den Ländern.

Für viele Bürgerinnen und Bürger in NRW ist das Leben in einem Europa ohne Grenzen eine alltägliche und positiv erfahrbare Realität – durch familiäre Verbindungen, Freundschaften oder berufliche Beziehungen mit unseren westlichen Nachbarn. Nicht zuletzt deshalb ist es für die Parlamentariergruppe ein Ansporn, die weitere Entwicklung der Partnerschaft mit den Benelux-Staaten aufmerksam zu verfolgen.



Vorsitz: Eckhard Uhlenberg (CDU)

NRW-Türkei

Fast fünf Prozent der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen haben türkische Wurzeln. Es bestehen mehr als 40 Schul- und 30 Städtepartnerschaften. Türkische Unternehmen haben in unserem Land rund 120.000 Arbeitsplätze geschaffen. Schon diese Beispiele zeigen, dass die Beziehungen zwischen NRW und der Türkei von besonderer Bedeutung sind.

Die im Jahr 2002 erstmals gegründete Parlamentariergruppe NRW-Türkei versteht sich als „Brückenbauer“ zwischen den Kulturen. Die Abgeordneten setzen sich in der Gruppe dafür ein, den Dialog zu Themen des deutsch-türkischen Miteinanders zu unterstützen und die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakte zur Türkei weiter zu vertiefen. Einen Austausch pflegt die Gruppe unter anderem mit den vier Generalkonsulaten der Türkei in NRW und mit dem Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung in Essen.

Im November 2011 konnten wir auf das 50. Jubiläum des Anwerbeabkommens und die Zuwanderung erster „Gastarbeiter“ aus der Türkei zurückblicken. Zugleich wurde unser Land durch das Bekanntwerden der rechtsextremistischen Mordanschläge auf türkeistämmige Bürgerinnen und Bürger erschüttert. Umso wichtiger ist es, die deutsch-türkische Freundschaft lebhaft zu gestalten und das Verständnis füreinander auf allen Ebenen zu fördern.



Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

NRW-Frankreich

50 Jahre deutsch-französische Freundschaft – aus Erzfeinden sind „ziemlich beste Freunde“ geworden und das wurde hier im Landtag NRW mit einem besonderen Festakt im Januar 2013 gebührend gefeiert. Die deutsch-französische Partnerschaft ist zum Motor der europäischen Einigung geworden und dies ist Menschen wie Robert Schuman und Jean Monnet, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle zu verdanken.

Auch in den fünf europäischen Jahrzehnten nach dem Élysée-Vertrag von 1963 hat die „deutsch-französische Achse“ immer eine zentrale politische Rolle gespielt. Was aber wäre diese Freundschaft, wenn es nicht allein in NRW rund 250 Städtepartnerschaften und ca. 850 Schulfreundschaften gäbe und den engen Handels- und Kulturaustausch: Frankreich ist für Nordrhein-Westfalen Exportland Nummer eins. Rund 300 französische Unternehmen mit mehr als 60.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 22 Milliarden Euro haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen.

Allein in NRW leben rund 30.000 Franzosen und NRW pflegt eine besondere Beziehung zu der Partnerregion Nord-Pas-de-Calais mit der Hauptstadt Lille. Seit Dezember 2010 gibt es die Parlamentariergruppe NRW-Frankreich, um die Kontakte weiter zu pflegen, den Austausch zu vertiefen und damit für Europa und für die deutsch-französische Freundschaft ein weiteres Zeichen zu setzen.



Vorsitz: Oliver Keymis (GRÜNE)



NRW-China

Das Land NRW und die Volksrepublik China pflegen seit 1981 eine enge Zusammenarbeit. China mit über 1,3 Milliarden Menschen hat sich in dieser Zeit in rasantem Tempo zu einem „Global Player“ entwickelt – allein schon Grund genug, die Beziehung zu China zu intensivieren. Einen wichtigen Beitrag hierzu kann die 2005 gegründete Parlamentariergruppe NRW-China leisten. Sie setzt sich zusammen aus engagierten Abgeordneten aller fünf Landtagsfraktionen, die ein großes Interesse an chinesischen Zusammenhängen eint.

Unter dem Vorsitz von Landtagsvizepräsident Dr. Gerhard Papke versteht sich die Gruppe als Brückenbauer zwischen den Kulturen. Sie ist daran interessiert, die parlamentarisch-politischen Kontakte sowie den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch auszubauen und zu festigen.

Noch wird China zentral geführt, doch die Dezentralisierung wird in den kommenden Jahren voranschreiten. Hier können die NRW-Parlamentarier insbesondere unseren drei Partnerprovinzen Jiangsu, Shanxi und Sichuan mit Rat und Tat zur Seite stehen. Konzipiert als Plattform des interkulturellen Austausches fungiert die Parlamentariergruppe auch als Spiegelbild für die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: also viel Stoff für die nächsten Zusammenkünfte und Planungen.



Vorsitz: Dr. Gerhard Papke (FDP)

NRW-Israel

Es gibt kein Leben ohne Erinnerung! Das Zitat von Bundespräsident Johannes Rau aus seiner Ansprache vor der Knesset am 16. Februar 2000 nehme ich gerne auf, um die Arbeit der ältesten und auch größten Parlamentariergruppe im nordrhein-westfälischen Landtag zu skizzieren.

Wir – die Mitglieder der Parlamentariergruppe – sehen es über alle Fraktionen hinweg als unsere gemeinsame Angelegenheit an, den von unseren Vorgängern aufgebauten und sehr gut gepflegten freundschaftlichen Kontakt zu Politik, Gesellschaft und Institutionen weiterzuentwickeln. Dabei werden wir die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Menschen in Israel und Nordrhein-Westfalen auch zukünftig fördern. Diese guten Beziehungen zu pflegen und darüber zu informieren, welche Möglichkeiten es gibt, Initiativen für Begegnungen zu fördern und zu unterstützen, vor allem im schulischen Bereich, das ist eine große Aufgabe und Chance für unsere Parlamentariergruppe, die wir in dieser Wahlperiode offensiv annehmen wollen.

Dabei lassen wir uns von diesem Zitat aus der oben erwähnten Rau-Rede leiten: „Wenn wir der Jugend die Erinnerung weitergeben und sie zu Begegnungen ermutigen, dann brauchen wir uns um die Zukunft der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland nicht zu sorgen.“



Vorsitz: Norbert Römer (SPD)

NRW-USA

Über 10.000 Bürgerinnen und Bürger der USA leben heute in Nordrhein-Westfalen, weit über 50 Millionen US-Bürger haben deutsche Wurzeln. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen NRW und den USA erreichen ein Volumen in Milliardenhöhe. Aktuell über hundert Hochschulkooperationen, dutzende Schulpartnerschaften sowie zahlreiche Städtepartnerschaften belegen die guten Beziehungen des Bundeslandes NRW zu Amerika – viele gute Gründe also, diese deutsch-amerikanische Freundschaft auch seitens der Abgeordneten des Landtags zu pflegen und weiter zu vertiefen.

Ende 2012 hat sich dafür die Parlamentariergruppe NRW-USA mit über 30 Abgeordneten konstituiert. Das große Interesse spiegelt die Bedeutung dieser transatlantischen Freundschaft wider und verdeutlicht, dass Amerikaner und Deutsche viele gemeinsame Themen haben, die eines regelmäßigen Austauschs bedürfen. Die Parlamentariergruppe hat sich deshalb vorgenommen, über jeweils aktuelle politische, soziale, wirtschaftliche wie auch kulturelle Entwicklungen in Nordamerika zu diskutieren. Neben US-amerikanischen Themen stehen zudem Informationsgespräche mit Gästen aus Kanada an. Im Januar 2013 konnte die Parlamentariergruppe bereits den Gesandten der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, James D. Melville Jr., sowie US-Generalkonsul Stephen A. Hubler begrüßen.



Vorsitz: Daniel Düngel (PIRATEN)

NRW-Polen

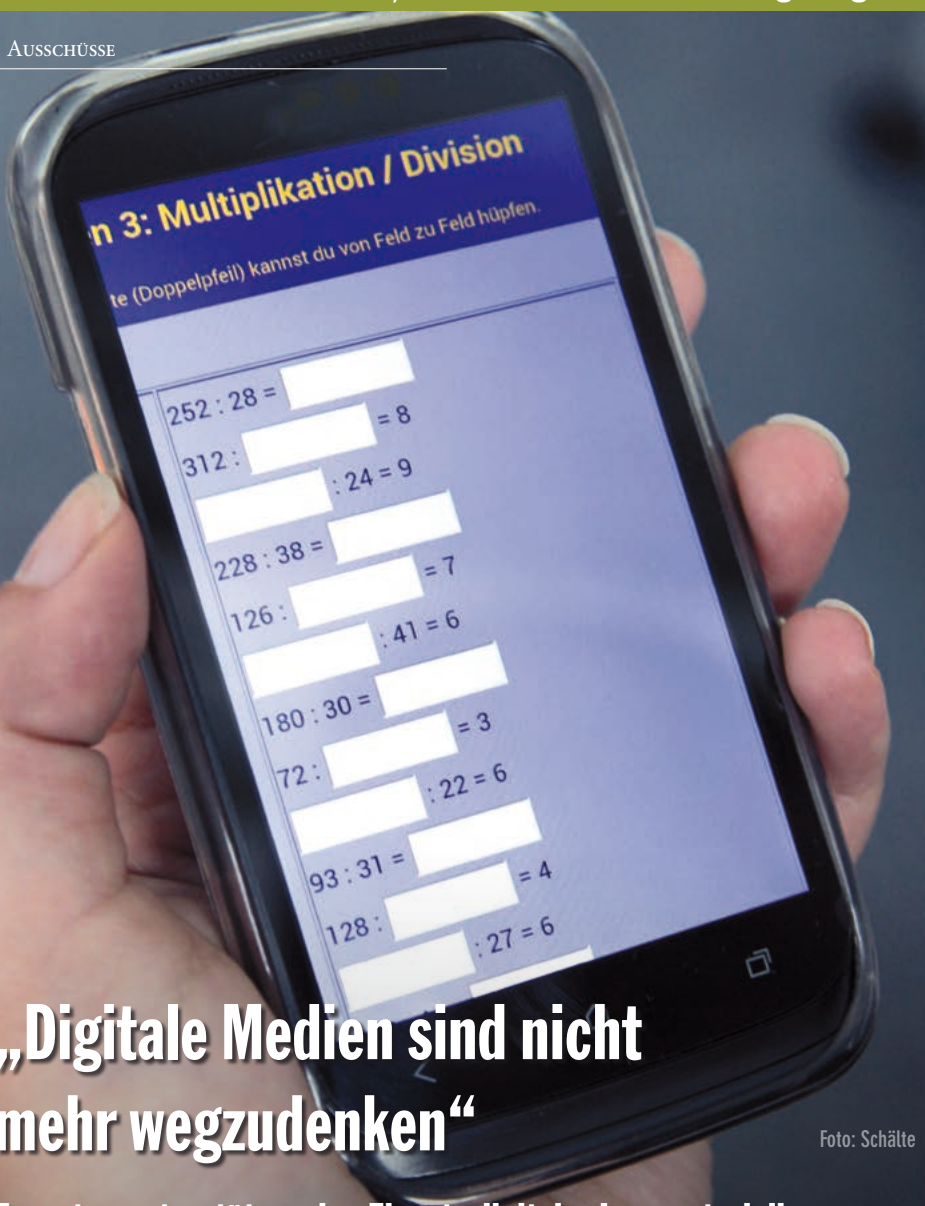
Vom Sorgenkind zum Stabilisator Europas: Polen ist im Aufschwung und ein starker Nachbar Deutschlands geworden. Nordrhein-Westfalen ist der größte Handelspartner Polens, hinzukommen die vielen Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften und der starke Jugendaustausch. Und: NRW ist Partnerland für Schlesien. Dennoch – oder gerade deshalb – wäre eine Steigerung der Zusammenarbeit in allen Bereichen wünschenswert: in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport. Dazu möchte die Parlamentariergruppe beitragen.

In der vergangenen Legislaturperiode fanden viele Veranstaltungen statt, die Vertreter aus beiden Ländern zusammenbrachten. So gab es zum Beispiel eine zweisprachige Konferenz zum Thema „Minderheitenschutz in Europa“, eine Besichtigung des neuen Fußballstadions in Danzig, eine Feier zum 20. Jahrestag der deutsch-polnischen Verträge in Berlin, einen Film zum Thema „30 Jahre Polenhilfe“ und eine Podiumsdiskussion über die Solidarnosc. Die nächste Veranstaltung ist eine Podiumsdiskussion zum Weimarer Dreieck, gemeinsam mit der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich.

Aus langer Landtagstradition betreut die Parlamentariergruppe NRW-Polen auch die sogenannten Visegrád-Länder Tschechien, Slowakei, Ungarn und arbeitet unter anderem mit dem polnischen Generalkonsulat, dem Polnischen Institut Düsseldorf und NRW Invest zusammen.



Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)



„Digitale Medien sind nicht mehr wegzudenken“

Foto: Schälte

Experten unterstützen den Einsatz digitaler Lernmaterialien

13. März 2013 - Die Landesregierung soll in den Schulen über Urheberrechte bei Nutzung, Erstellung und Austausch von Lernmaterialien informieren, für den Einsatz freier Lernmaterialien werben sowie die gezielte Suche danach ermöglichen: Das fordert jedenfalls die Piratenfraktion in einem entsprechenden Antrag (Drs. 16/1253). Über die Vor- und Nachteile des Einsatzes digitaler Lernmaterialien unter freien Lizenzen informierte sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) in einer öffentlichen Anhörung von Fachleuten.

Die allseits geforderte Individualisierung der Lernprozesse fordere auch individuell anpassbare Materialien, betonte der Lehrer Felix Schaumburg aus Wuppertal. Klassische Schulbücher seien Basissammlungen von Informationen zu einem bestimmten Fachbereich, spielten im Unterricht jedoch nur noch eine geringe Rolle. „Sie werden genutzt, weil sie da sind“, so der Experte. Das Internet sei eine hervorragende Alternative, die durch das weit verbreitete Medienverbot im Unterricht jedoch nur eingeschränkt genutzt werde. Durch den Einsatz digitaler Lernmaterialien unter freien Lizenzen sei es möglich, individuelle Lernwege zu gehen.

„Wer bildungspolitisch gewinnen und maximale Lern- und Weiterbildungspotenziale ausschöpfen will, muss alle Formen der Erstellung und des Handlings von Lernmaterialien in

den Fokus nehmen“, betonte der Rechtswissenschaftler Philipp Otto (iRights.info). Es sei die Aufgabe des Gesetzgebers, die Rahmenbedingungen für das Nebeneinander der klassischen und neuen Bildungsmaterialien so zu gestalten, dass sowohl eine größere Auswahl als auch bessere Materialien entstünden. „Es ist wichtig, zunächst eine Gesamtstrategie zu entwickeln und so das Angebot der freien Lernmaterialien zu strukturieren. In einem strategisch wie auch praktisch orientierten Forschungsprojekt sind verschiedene Modelle durchzuspielen“, so Otto.

Prof. Dr. Waltraud Schreiber von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt wies darauf hin, dass es nicht ausreiche, entsprechende Lernmaterialien frei zugänglich zu machen. Ebenso wie Schulbücher müssten auch die digitalen Materialien bestimmten Quali-

tätsstandards entsprechen. Die Expertin gab zu bedenken, dass eine solche Qualitätssicherung durch den Staat kostenintensiv, äußerst anspruchsvoll und zeitaufwändig sei. Der Staat könne seine Lehrkräfte zwar aus- und weiterbilden und ihnen so eine entsprechende Sach- und Medienkompetenz vermitteln – schlussendlich müsse er ihnen jedoch auch vertrauen, dass sie Qualität erkennen und nur solche Ressourcen nutzen würden, die ihre Schülerinnen und Schüler wirklich voranbringe.

„Digitale Materialien, Werkzeuge und Plattformen sind ein Glücksfall für die Schule“, so Jöran Muuß-Merholz (J&K – Agentur für Bildung, Hamburg). Technische und urheberrechtliche Hürden führten jedoch dazu, dass das digitale Potenzial nicht ansatzweise zur Geltung kommen könne. „Viele Lehrer lassen aus Angst die Finger davon“, so der Experte. Es bestehe eine große Unsicherheit im Lehrerkollegium darüber, was erlaubt sei und was nicht. Infolgedessen seien mit digitalen Materialien weniger Möglichkeiten gegeben als mit ihren analogen Pendanten. Lernmaterialien, die frei verarbeitet und bearbeitet werden dürften, könnten dieses Potenzial freisetzen. Es sei Aufgabe des Staates, die bestehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen.

STAATLICHE FÖRDERUNG

Für eine ideelle, aber gegen eine finanzielle Förderung der frei zugänglichen Medien durch den Staat sprach sich Prof. Dr. Peter Henning von der Hochschule in Karlsruhe aus: „Es gibt in NRW eine Vielzahl von Anbietern, die mit der Entwicklung von Bildungsmedien ihren Lebensunterhalt verdienen. Dieser Markt würde durch eine Subventionierung der Entwicklung weiterer Angebote erheblich verzerrt“, so der Professor. Es dürfe daher nicht Aufgabe des Staates sein, die Entwicklung freier Bildungsmedien finanziell zu fördern.

Auch bei digitalen Lernmaterialien müsse gewährleistet sein, dass alle Schülerinnen und Schüler organisatorisch und finanziell Zugang dazu hätten – das forderte Ursula Walther vom Bundeselternrat. Die erforderliche Hard- oder Software sei aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. „Eine kostengünstige Lösung könnte es sein, entsprechende Lernmaterialien für Smartphones zu entwickeln“, so die Elternvertreterin. Wer die Kosten für die Hardware nicht tragen könne, müsse finanziell unterstützt werden. Alternativ gelte es, die Schulen im Bereich der IT so auszustatten, dass alle Schülerinnen und Schüler jederzeit Zugang zu den Materialien hätten.

Marie Schwinning



Im Interview: Karl-Josef Laumann (CDU)



Herr Laumann, haben Sie Schulden?

Ich habe in meinem Leben natürlich Schulden gemacht. Zum Beispiel als ich vor 26 Jahren gebaut habe. Aber die konnte ich gut überblicken, und natürlich gab es einen klaren Tilgungsplan. Wenn der Staat so finanziert wäre wie ich, hätte er keine Sorgen.

Sie gehörten 15 Jahre dem Bundestag an und sind seit 2005 Landtagsabgeordneter. In dieser Zeit hat sich die Verschuldung Nordrhein-Westfalens von 50 Milliarden Euro auf über 130 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Sind Politiker dieser Schuldenspirale ohnmächtig ausgeliefert?

Wir haben uns daran gewöhnt, dass die öffentlichen Hände seit Jahrzehnten mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen. Ich habe auch Haushalten zugestimmt, die mehr Ausgaben als Einnahmen vorsahen. Es gibt nur eine Ausnahme in vier Jahrzehnten, auf die ich stolz bin: das Jahr 2008. Damals hat es die schwarz-gelbe Landesregierung geschafft, dass weniger ausgegeben als eingenommen wurde. Wir müssen die nächsten Jahre nutzen und den Teufelskreis durchbrechen, um nach mehr als einer Generation des Schuldenmachens endlich zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen.

Warum sind Ausgabensteigerungen zur Gesetzmäßigkeit geworden?

Das liegt auch dran, dass der Staat immer neue Aufgaben übernimmt. Die Schule verändert sich vom Halbtags- zum Ganztagsystem. Es ist sinnvoll ausgegebenes Geld. Da wird der Staat zu Recht stärker. Aber dann muss sich auf der anderen Seite strukturell etwas verändern. Wir haben in der schwarz-gelben Landesregierung umstrukturiert, Behörden aufgelöst. Wir ha-

ben 8.000 neue Lehrer eingestellt und dennoch im Gesamtsaldo Landespersonal abgebaut. Die CDU-Fraktion hat für die Haushaltsberatungen 2013 konkrete Vorschläge für Effizienzsteigerungen gemacht mit günstigeren Assistenzkräften in Schulsekretariaten und Polizeibehörden. Rot-Grün dagegen hat per Koalitionsvertrag festgelegt, dass sie staatliche Strukturen nicht verändern wollen. Sie nehmen das alles von Gott gegeben hin. Damit verwirken sie ihren Regierungsanspruch, wenn sie nichts verändern oder verbessern wollen.

Die Frage nach einer Schuldenbremse in der Landesverfassung ist ein Dauerthema: Wie ernst meint es die rot-grüne Koalition?

In Interviews wird gesagt, dass man die Schuldenbremse haben wolle. Aber wenn man Haushalte mit steigenden Ausgaben und Schulden vorlegt, kann ich den Weg nicht erkennen. Neuerdings beklagt ja jedes Regierungsmitglied in seinen Reden, dass Berlin an allem schuld sei und mehr Geld bereitstellen solle. Was ist eine Landesregierung noch wert, die nur noch auf den Bund schimpft? Sie bringt das Land und den gesamten Föderalismus in Misskredit. Andere Bundesländern nutzen ihren Gestaltungs-spielraum.

Ist NRW womöglich als Bundesland nicht beherrschbar, weil das soziale und wirtschaftliche Gefälle zu groß ist?

Die unterschiedlichen Regionen mit ihren Stärken und Schwächen können das eigentlich gut ausgleichen. Wir haben positive Entwicklungen im westfälischen und rheinländischen Landesteil, aber auch im Ruhrgebiet, um den Strukturwandel in den Griff zu kriegen. Wir sind ein starkes Industrieland. Die Größe des Landes ist ein Vorteil, die Strukturprobleme anzugehen.

Also keine Vergeblichkeitsfalle, sondern Versagen und Unvermögen?

In NRW werden 60 Prozent aller bundesweiten Kredite aufgenommen, obwohl wir nur 22 Prozent der Bevölkerung sind. Wir haben rund 50 Prozent aller kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen in Deutschland. Wir haben ein Land, das die Verschuldung steigert, während anderswo schon konsolidiert wird. Sieben Bundesländer machen keine neuen Schulden mehr und die Kommunen haben bundesweit einen Überschuss von mehr als zwei Milliarden Euro zu verzeichnen. Das zeigt doch, dass es in NRW falsch läuft. Dieses Land muss strukturell erneuert werden. Frau Kraft verhält sich genauso abwartend wie Johannes Rau und traut sich nicht, strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Sie sagt, sie wolle „kein Kind zurücklassen“. Aber sie packt den Kleinen einen wachsenden Schuldenberg in den Tornister.

Wird es eine Schuldenbremse in der Landesverfassung geben?

Das hängt davon ab, wie sie formuliert ist. Eine Schuldenbremse, die nur dazu gemacht ist, mehr Spielräume für neue Schulden zu eröffnen, werden wir niemals mittragen. Es muss eine Schuldenbremse sein, die genauso hart formuliert ist wie auf Bundesebene.

Das Verfassungsgericht in Münster hat der rot-grünen Landesregierung zum dritten Mal einen Verstoß gegen Haushaltsrecht nachgewiesen. Wie vertrauenswürdig ist der Finanzminister?

Jetzt ist juristischer Fakt, dass die so genannte präventive Finanzpolitik von Ministerpräsidentin Kraft endgültig gescheitert ist. Rot-Grün bricht jedes Jahr die Verfassung. Das hat nichts mehr mit Fahrlässigkeit, sondern schlichtweg mit Vorsatz zu tun. Frau Kraft und ihr Finanzminister offenbaren ein katastrophales Staats- und Rechtsverständnis: Sobald die Verfassung der rot-grünen Verschuldungssorgie im Weg steht, wird sie einfach beiseite gewischt. Das ist unverantwortlich und beschädigt die Kultur unseres Rechtsstaates. Sie verstößt auch gegen die Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit. Sie nimmt den kommenden Generationen sämtliche Gestaltungs- und damit Zukunftschancen. Das ist schlichtweg unmoralisch.

Kristian Frigelj

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Ilja Zeidler (zei, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), 884-2304 (zei), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Ralf Kap-schack (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Geburtstage

20. März – 23. April 2013

21.3.	Dr. Bergmann, Günther J. (CDU)	48
22.3.	Schäfer, Ute (SPD)	59
22.3.	Gebhard, Heike (SPD)	59
25.3.	Jäger, Ralf (SPD)	52
25.3.	Witzel, Ralf (FDP)	41
25.3.	Kämmerling, Stefan (SPD)	37
26.3.	Dr. Wolf, Ingo (FDP)	58
26.3.	Schmalenbach, Kai (PIRATEN)	43
27.3.	Birkhahn, Astrid (CDU)	61
30.3.	Fasse, Marie-Luise (CDU)	65
30.3.	Bell, Dietmar (SPD)	52
2.4.	Duin, Garrelt ** (SPD)	45
5.4.	Busen, Karlheinz (FDP)	62
6.4.	Schmitz, Hendrik (CDU)	35
11.4.	Wirtz, Josef (CDU)	63
11.4.	Milz, Andrea (CDU)	50
14.4.	Breuer, Reiner (SPD)	44
15.4.	Spanier-Oppermann, Ina (SPD)	51
19.4.	Steinmann, Lisa (SPD)	47
19.4.	Rüße, Norwich (GRÜNE)	47
20.4.	Hegemann, Lothar (CDU)	66
20.4.	Dr. Dr. Sternberg, Thomas (CDU)	61
21.4.	Geyer, Jens (SPD)	50
23.4.	Düker, Monika (GRÜNE)	50

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

20.3.	Wickel, Rudolf (FDP)	80
3.4.	Dr. Riemer, Horst-Ludwig (FDP)	80
8.4.	Kuhmichel, Manfred (CDU)	70
16.4.	Heidtmann, Herbert (SPD)	85
19.4.	Riebinger, Wilhelm (CDU)	70

Verstorben

- 9.3. Karl Böse (SPD) MdL 1980 – 1995
- 12.3. Bernd Feldhaus (SPD)
MdL 1975 – 1985, 1987 – 1990

Treffen & Termine

- 15.4. bis 6.5. Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie“
- 20.4. Nacht der Museen
- 22.4. Veranstaltung zum Girls' Day
- 23.4. bis 31.5. Ausstellung „Transparenz im Landtag“
Anmeldung zu Ausstellungen: Tel. (0211) 884-2129, veranstaltungen@landtag.nrw.de

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 21. März 2013 um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle). Ab 8 Uhr gestalten die Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend in NRW und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Restaurant des Landtags erstmals ein Frühstück mit Produkten aus fairem Handel.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Wie Perlen auf einer Schnur ...

... reihen sich die Städte am Ufer von Vater Rhein. Seit Millionen von Jahren arbeitet dieser Fluss an den für ihn so charakteristischen Schlingen und mäandert durch Rheintal und Rheinauen. Aus der Vogelperspektive wird dies in natura ebenso wie in der Wandelhalle des Landtags besonders deutlich. Die Ausstellung „Dynamik und Wandel. Entwicklung der Städte am Rhein 1910 – 2010“ erzählt 100 Jahre Stadtentwicklung der Städte Bonn, Köln, Leverkusen, Düsseldorf, Neuss und Duisburg. Wie auch immer die Menschen in diesen Metropolen zueinander stehen mögen: Der Rhein als Transportweg, Naturerlebnis und Quelle für Mythen, Märchen und Geschichten wird sie immer verbinden.

Die Ausstellung kann noch bis zum 13.4.2013 im Landtag besucht werden.

